

Bank für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2001

**Bericht über das 79. Geschäftsjahr 2001
Berlin und Köln**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Aufsichtsrat 2001 | 4 |
| Organe | 5 |
| Zentralbeirat 2001 | 6 |
| Die Anzeigen-Kampagne der BFS Menschlichkeit im Fokus | 8 |
| Bericht des Vorstandes | 10 |
| → Wirtschaftliche Rahmenbedingungen | 12 |
| → Sozialwirtschaftliche Entwicklungen | 19 |
| → Lagebericht 2001 | 26 |
| → Liquidität | 40 |
| → Grundsätze | 40 |
| → BFS auf einen Blick | 41 |
| → Erfolgsbeteiligung | 41 |
| Intern | 42 |
| → Entwicklung der Tochtergesellschaften | 44 |
| → Aktionen | 48 |
| → Interne Nachrichten | 51 |
| Bericht des Aufsichtsrates | 52 |
| Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 | 56 |
| Gewinn- und Verlustrechnung | 60 |
| Anhang 2001 | 64 |

Aufsichtsrat 2001

Dr. Wolfgang Teske

Vorsitzender
Vizepräsident des Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.,
Stuttgart

Rüdiger Schmidtchen

Stv. Vorsitzender
Stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e.V.,
Gesamtverband,
Frankfurt

Dr. Robert Batkiewicz

Finanzdirektor des Deutschen Caritasverbandes e.V.,
Freiburg

Rainer Brückers

Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt,
Bundesverband e.V.,
Bonn

Jürgen Gohde

Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.,
Stuttgart

Jürgen Wilhelm Römer

Generalsekretär a. D. des Deutschen Roten Kreuzes e.V.,
Berlin

Josef Schmitz-Elsen

Generalsekretär a. D. des Deutschen Caritasverbandes e.V.,
Freiburg

Dr. Ernst Thiemann

Geschäftsführer i. R.,
München

Michael Warman

Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.,
Frankfurt

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender
Dietmar Krüger

Generalbevollmächtigte

Jürgen Meurer, Köln
Nando E. Sawall, Köln (seit 1.02.2001)
Günter Schümmer, Köln

Prokuristen und Abteilungsdirektoren

Bernd Bauer, Abteilungsdirektor IT, Köln
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen (seit 1.01.2002), Köln
Heinz Eberhardt, Direktor Revision (seit 1.01.2002), Köln
Dr. Dr. Lothar Kolbe, Direktor Justitiariat/Rechnungswesen (seit 1.01.2002), Köln
Wolfgang Roßmar, Direktor Controlling (seit 1.01.2002), Köln
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Geldhandel, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Leiter der Geschäftsstelle Karlsruhe
Lutz Brünkmann, Direktor der Geschäftsstelle München
Hubert Kies, Leiter der Geschäftsstelle Mainz
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Oliver Luckner, Leiter der Geschäftsstelle Hannover
Enrico Meier, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg (seit 1.01.2002)
Stephan Sperling, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg (bis 31.12.2001),
Direktor der Geschäftsstelle Leipzig (seit 1.01.2002)
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Dieter Siepmann-Hücking, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig (seit 1.01.2002)
Dieter Thamm, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig (bis 31.03.2002)
Volker Sitte, Leiter der Geschäftsstelle Dresden
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Zentralbeirat 2001

Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer
der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Westliches Westfalen e.V.

Dieter Blaßkiewitz, Präsident
der Krankenhausgesellschaft Sachsen e.V., St.-Elisabeth-Krankenhaus

Dr. Andreas von Block-Schlesier, Generalbevollmächtigter
der Johanniter Unfall-Hilfe e.V., Europäische Union Brüssel

Walter Bockemühl, Vorsitzender
des Vorstandes der AOK Rheinland-Pfalz

Georg Freiherr von Boeselager, Finanzdirektor der Diözese Limburg

Prof. Dr. Hans-Joachim Brauns, Geschäftsführer
des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin e.V.

Dietmar Bühler, Verwaltungsdirektor des Deutschen Caritasverbandes e.V.

Klaus Dörrie, Hauptgeschäftsführer i.R.
des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e.V.

Tilo Erfurth, Sprecher des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Günter Famulla, Vorsitzender des Vorstandes
des Paritätischen Niedersachsen e.V.

Franz-Heinrich Fischler, Direktor
des Diözesancaritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V.

Dr. Albert Hauser, Vorstand
des Caritasverbandes für die Erzdiözese München und Freising e.V.

Manfred Kill, Abteilungsleiter Finanzen/Verwaltung i.R.

Christian Klose, Landesverbandsdirektor
des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bayern e.V.

Dr. Heinz Köhler, Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes

Prof. Dr. Franz-Peter Lang, Mitglied des Vorstandes
der Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG

Bernd Molzberger, Geschäftsführer
der Maria Hilf Kranken- und Pflegeanstalt GmbH

Wilhelm Müller, Geschäftsführer des ASB-Bundesverbandes e.V.

Hans-Peter Niemeier, Geschäftsbereichsleiter
Wirtschaft und Finanzen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

Bernd Scheweling, Curanum Holding AG

Elfi Scho-Antwerpes, Kreisgruppenvorsitzende
des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kreisgruppe Köln e.V.

Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor
des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Peter Schöne, Geschäftsführer
DRK Krankenhaus GmbH Rheinland-Pfalz, DRK-Krankenhaus GmbH, Saarland

Berthold Simons, Geschäftsführer
DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin

Gerd Spiecker, Finanzdirektor des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Pfarrer Eckhard Steinhäuser, Direktor im Diakonischen Werk
von Berlin-Brandenburg e.V.

Hans-Günther Strothotte, Landesgeschäftsführer des
Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Reinhold Voht, Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt,
Landesverband Berlin e.V.

Dr. Hans Wendtner, Leiter der Geschäftsstelle der Diözesen Deutschlands

Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister
des Deutschen Roten Kreuzes, Generalsekretariat

Dieter Wittenbrink, Geschäftsführer
der Zentralverwaltung der Häuser vom Guten Hirten

Die Anzeigen-Kampagne der BFS Menschlichkeit im Fokus



Der Schwerpunkt des 1959 in Stuttgart geborenen Fotografen sind Porträtserien von Arbeitern, Künstlern, Musikern und Prominenten, wie z. B. Hollywoodstar Dennis Hopper, Topmodel Linda Evangelista u. a. Er arbeitet für nationale und internationale Agenturen und Zeitschriften, wie z. B. art, Stern, Zeitmagazin, Vogue und Elle.

Bei den Porträts für die neue Anzeigen-Kampagne der BFS ist der Fotograf Michael Dannenmann seinen Modellen mit der Kamera ganz nahe gekommen. So nahe, dass jedes Härchen, jede Hautfalte unbarmherzig das wahre Alter der Porträtierten preisgibt.

Die Bilder beschönigen nichts. Und dennoch sind sie nicht entblößend. Im Gegenteil, die kleinen Unregelmäßigkeiten verleihen den Gesichtern ungeheuren Charme und hohe Emotionalität. Sie machen klar: Hier sind ganz und gar reale Menschen abgebildet, mit all ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihrer Lebenslust.

Die Porträtierten vertreten damit die Menschen, denen direkt oder indirekt die Arbeit der BFS zugute kommt: Patienten, Pfleger, Bewohner, Angestellte, Besucher und Führungspersonal sozialer Einrichtungen – sie alle werden seit über sieben Jahrzehnten mit den branchenspezifischen Produkten der BFS bei der Verwirklichung ihrer Projekte unterstützt. Die Kompetenz der Bank auf diesem Gebiet verdichtet sich auf einprägsame Weise in dem Motto „Wir machen Glück.“

Mit der Kombination aus selbstbewusstem Motto und hochwertigen Porträts ist der BFS ein öffentlicher Auftritt gelungen, der sie bei den Entscheidern im sozialen Bereich als ebenso tatkräftigen wie menschlichen Finanz-Partner ausweist.

*Insgesamt sieben Image-Motive –
fotografiert vom Porträtspezialisten
Michael Dannemann – werben seit
2001 für die Leistungen und Produkte
der BFS.*



Wir machen Glück.

Wir unterstützen soziale Projekte mit unserem FestgeldPLUS. Diese Geldanlage kombiniert attraktive Festgeldzinsen für 180 Tage mit den Ertragschancen eines Investmentfonds. Wählen Sie Ihre individuelle Kombination aus Festgeld und Investmentfonds.

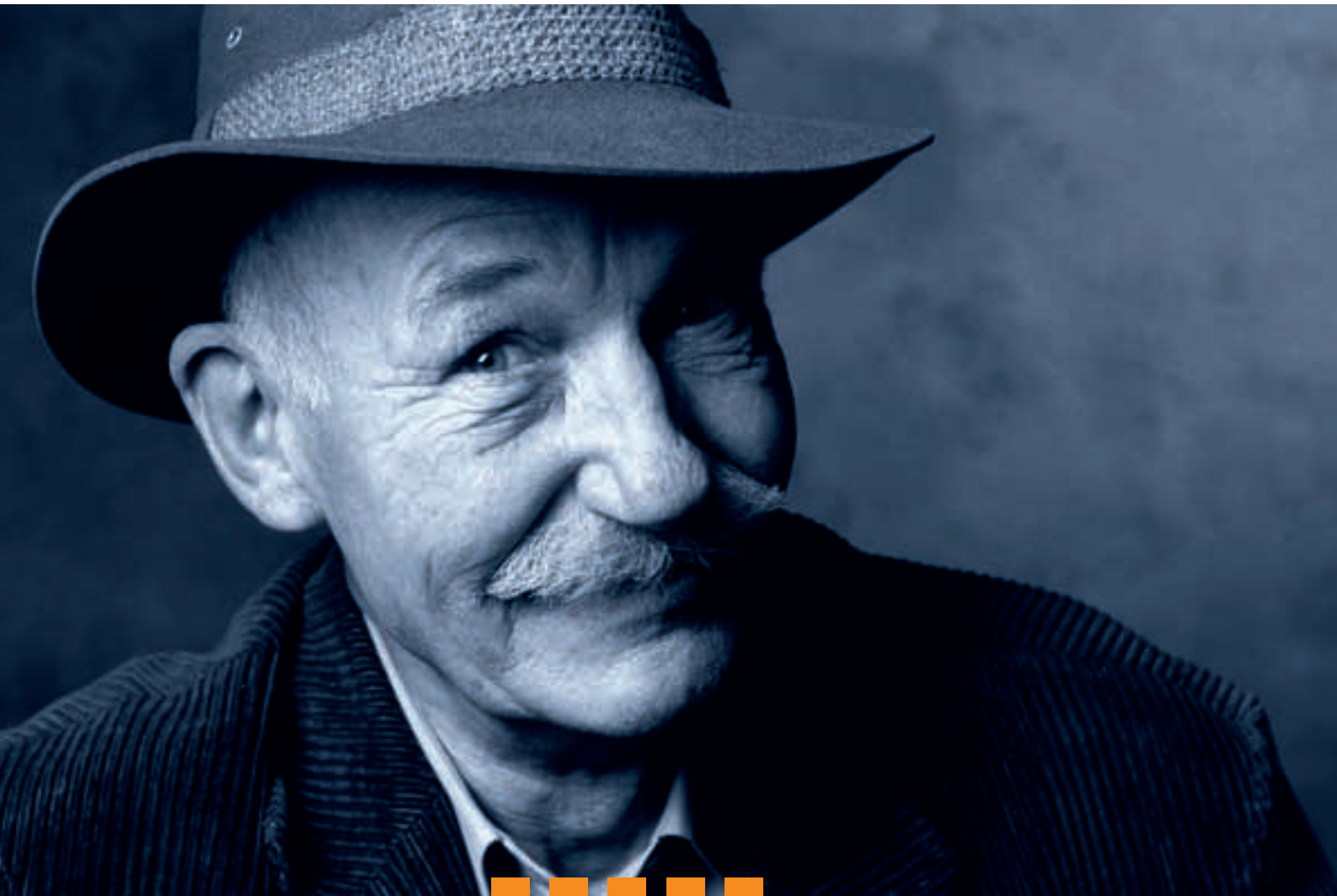
Wenn Sie einen Finanz-Partner suchen, der spezialisiert ist auf die besonderen Bedürfnisse sozialer Einrichtungen, kommen Sie zu uns. Wir finden einen Weg.

Ihr Ansprechpartner

Alfred Vesper
Telefon 02 01.2 45 80-0
Telefax 02 01.2 45 80-644
www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**





Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Lauf des Jahres 2001 ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland zum Stillstand gekommen. Auslöser für den konjunkturellen Abschwung war zu Beginn des Jahres der Ölpreisschock. Verstärkt wurde die dämpfende Wirkung auf die Binnennachfrage durch steigende Nahrungsmittelpreise, die durch die Tierseuchen BSE und MKS verursacht wurden. Außerdem bremste der starke weltwirtschaftliche Abschwung die wirtschaftliche Dynamik. Zwar gingen expansive Impulse von der ersten Stufe der Steuerreform aus, die zum Jahresbeginn in Kraft trat. Dennoch war die wirtschaftliche Produktion insgesamt rückläufig. Eine sich zum Jahresende abzeichnende leichte konjunkturelle Erholung wurde durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 abrupt unterbrochen. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich das reale **Bruttoinlandsprodukt** um lediglich 0,6%.

Durch die Anfang des Jahres in Kraft getretenen Steuerentlastungen haben die privaten Haushalte ihre **realen Konsumausgaben** in der ersten Jahreshälfte stark ausgeweitet. Die Nettolöhne und -gehälter erhöhten sich deutlich stärker als die Bruttolöhne. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 3,6% an. Allerdings hatte die Inflation, die sich im ersten Halbjahr noch verstärkte, für die Arbeitnehmer im Vorjahresvergleich sinkende Reallöhne und -gehälter zur Folge. Im weiteren Verlauf des Jahres kam es zu einer deutlichen Abkühlung der Verbrauchskonjunktur. Verursacht wurde dies durch einen Beschäftigungsrückgang sowie durch die allgemeine Verunsicherung nach den Terroranschlägen. Real erhöhte sich der private Konsum im Jahr 2001 nur um 1,4%.

Im produzierenden Gewerbe deuteten bereits Ende 2000 die sinkende Kapazitätsauslastung und die getrübteten Absatzerwartungen auf eine schwächere Investitionsneigung. Real gingen die **Investitionen** in Ausrüstungen im Jahr 2001 um 3,4% zurück. Die Investitionen in sonstige Anlagen stiegen bis zum Jahresende um 6,0% an. Der Rückgang der gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 4,1% wurde durch die schwache Investitionstätigkeit in der Bauwirtschaft verursacht.

Nach einer starken Beschleunigung zum Jahresanfang hat sich der **Verbraucherpreisanstieg** zum Jahresende wieder deutlich beruhigt. Der Höchststand wurde mit 3,4% im Mai verzeichnet. Vor allem der starke Anstieg bei den Preisen für Nahrungsmittel und Mineralölprodukte hatte die Teuerungsrate in die Höhe schnellen lassen. Im Jahresdurchschnitt lag sie auf einem Niveau von 2,5%.

Der **Erzeugerpreisindex** gewerblicher Produkte lag im Jahresdurchschnitt um 3,0% über dem Durchschnittswert des Vorjahres. Die im Jahresverkauf feststellbaren starken Schwankungen waren in erster Linie durch die Preisveränderungen bei den Mineralölerzeugnissen bedingt.



Auch für die Entwicklung der **Außenhandelspreise** sind die Veränderungen bei den Energiepreisen verantwortlich. Die durchschnittliche Verteuerung der Einfuhrpreise betrug 0,6% – nach 1,2% im Vorjahr. Nach einem Preisanstieg in den ersten sechs Monaten war in der zweiten Jahreshälfte eine vergleichsweise starke Verbilligung der Einfuhren von Erdöl und Mineralölzeugnissen zu verzeichnen.

Durch die konjunkturelle Entwicklung hat sich die **Zahl der Erwerbslosen** zum Jahresende um rund 155.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Ende 2001 waren in Gesamtdeutschland 3,96 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Jahresdurchschnittlich betrug die Zahl der Arbeitslosen 3,83 Millionen, die **Zahl der Erwerbstätigen** 38,7 Millionen. In Westdeutschland stieg die Arbeitslosigkeit leicht auf 7,7% an, nach 7,5% im Jahr 2000. In den neuen Ländern erhöhte sie sich auf 17,6% nach 16,7% im Vorjahr.

Der konjunkturelle Abschwung im Jahr 2001 führte unter anderem zu einer Erhöhung der Zahl der Erwerbslosen, zu einer Verringerung der Auslandsnachfrage und zu Mehrausgaben im Staatshaushalt.

Vom konjunkturellen Abschwung in der Weltwirtschaft wurden auch die deutschen **Exporte** erfasst. Die Auslandsmärkte standen insgesamt deutlich unter dem Einfluss der Rezession in den USA. Die Ertragslage der Industrieunternehmen verschlechterte sich, da die Auslandsnachfrage im Verlauf des Jahres immer weiter zurückging. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sich die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen dennoch um 5,1%, die Einfuhren um 2,0%. Damit blieb der Außenhandel eine wesentliche Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Er leistete mit einem Prozentpunkt weiterhin den höchsten Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts.

Im **Staatshaushalt** führte die konjunkturelle Schwächephase zum einen zu Mindereinnahmen, zum anderen zu Mehrausgaben. Im Jahr 2001 wies er ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 53,8 Mrd. Euro auf. Das entspricht einer Defizitquote von 2,6%. Das im Rahmen des deutschen Stabilitätsprogramms angestrebte Ziel von 1,5% wurde damit nicht erreicht. Zu dieser Zielverfehlung hat auch der Anstieg der nicht konjunkturbedingten Staatsausgaben beigetragen. Insbesondere im Gesundheitsbereich und bei den Renten fiel der Anstieg überdurchschnittlich hoch aus.

Die Krise in der **Bauwirtschaft** verschärfte sich in der ersten Jahreshälfte drastisch. Der Umsatz brach durch den weiterhin starken Rückgang im Wohnungsbau um mehr als 10% ein, was im Verlauf des Jahres rund 100.000 Entlassungen in diesem Wirtschaftsbereich zur Folge hatte. Die Wohnungsbauinvestitionen sind im Jahr 2001 um 7,5% gesunken. Im Bereich der gewerblichen Bauinvestitionen war ebenfalls keine Erholung zu verzeichnen. Bundesweit kam es zu einem Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen um 3,3%. Verstärkt hat sich im Jahr 2001 durch die sinkenden Steuereinnahmen der Gemeinden und die gekürzten Investitionszuschüsse der Länder außerdem der Abwärtstrend bei den öffentlichen Bauinvestitionen (–2,6%). In Gesamtdeutschland sind die Bauinvestitionen real um knapp 6% gesunken. Die ostdeutschen Bauunternehmen waren von der Krise in der Branche jedoch wesentlich stärker betroffen als die westdeutschen.

Lockerung der monetären Rahmenbedingungen

Die Geldpolitik stand im Jahr 2001 vor großen Herausforderungen. Unter dem Einfluss drastisch gestiegener Rohölpreise kühlte sich die Konjunktur im Euro-Raum bereits seit dem Herbst des Jahres 2000 ab. Belastet wurde sie zusätzlich durch ein rückläufiges Wirtschaftswachstum in den USA. Gleichzeitig führten die höheren Rohölpreise sowie die durch die Tierseuchen gestiegenen Nahrungsmittelpreise zu einem Anstieg der Inflationsrate.

In diesem Spannungsfeld zwischen rückläufigem Wirtschaftswachstum und steigender Inflationsrate entschied sich die Europäische Zentralbank (EZB) für eine abwartende Politik. Erst im Mai senkte sie erstmals den Leitzins vorsichtig um 25 Basispunkte auf 4,5%. Auch in den darauf folgenden Monaten, als sich immer mehr abzeichnete, dass das Wirtschaftswachstum wesentlich stärker rückläufig sein würde, als zuvor zu erwarten gewesen war, behielt die EZB ihre zögerliche Haltung bei. Erst Ende August folgte eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 4,25%.

Vom Jahresanfang bis Ende August verfolgte die EZB im Spannungsfeld zwischen rückläufigem Wirtschaftswachstum und steigender Inflationsrate eine abwartende Politik. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellten eine Zäsur dar.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 stellten eine Zäsur dar. Zum einen trübte sich in Folge der Anschläge die Wirtschaftslage noch weiter ein, zum anderen war nicht abzusehen, inwieweit die Funktionsweise des Finanzsystems beeinträchtigt sein würde. Mit einer konzertierten Zinssenkung um 50 Basispunkte setzten die Notenbanken aller führenden Industriestaaten am 18. September 2001 ein Zeichen, das dem Vertrauensverlust in der Wirtschaft entgegenwirken und den verschlechterten Wachstumsaussichten Rechnung tragen sollte. Die EZB reagierte auf die sich in der folgenden Zeit immer mehr nach unten schraubenden Wachstumserwartungen mit einer weiteren Zinssenkung um 50 Basispunkte auf 3,25% am 9. November 2001. Damit lag der Hauptrefinanzierungssatz der EZB am Jahresende um 1,5% unter seinem Stand vom Jahresbeginn.

Das Geldmengenwachstum, das zum Jahresbeginn noch knapp unter 4% gelegen hatte, überstieg mit dem Übergang zur zweiten Jahreshälfte den Referenzwert von 4,5% und lag im Dezember 2001 saisonbereinigt um 8,0% über dem Wert des Vorjahres. Diese erschreckend hohen Werte sind bereits um statistische Verzerrungen und andere Faktoren bereinigt, die über weite Teile des Jahres zu einer Aufblähung des Geldmengenwachstums um rund 0,75 Prozentpunkte geführt hatten.



Die Entwicklungen auf dem Rentenmarkt waren im Jahr 2001 von mehrfachen Trendwenden gekennzeichnet. Ihren Jahrestiefststand erreichten die Kapitalmarktzinsen Anfang November. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten mit 4,30 %.

Entwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt

Trotz der deutlich heruntergeschraubten Wachstumserwartungen für den Euro-Raum und der rückläufigen Inflationsrate lagen die **Kapitalmarktzinsen** am Ende des Jahres 2001 ungefähr auf dem Stand des Vorjahres. In Deutschland befand sich die durchschnittliche Umlaufrendite am Jahresende mit 4,73 % um 8 Basispunkte unter ihrem Vorjahresstand. Aufgrund der kräftigen Leitzinssenkungen der EZB bewegten sich die Geldmarktzinsen gleichzeitig kräftig abwärts. So verringerte sich der 12-Monats-EURIBOR von Ende 2000 bis Ende 2001 um rund 1,4 Prozentpunkte auf 3,34 %. Der 3-Monats-EURIBOR sank im gleichen Zeitraum um fast 1,6 Prozentpunkte auf 3,29 %. Durch diese Entwicklung wurde der Verlauf der Zinsstrukturkurve, die zu Jahresbeginn noch relativ flach verlaufen war, zunehmend steiler.

Die **Rentenwerte** in Deutschland konnten sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2001 leicht festigen. Die Zinsentwicklung wurde größtenteils durch die hohe Unsicherheit über die Konjunkturentwicklung in den USA beeinflusst. Dabei standen den sich verschlechternden Wachstumsaussichten für die US-Wirtschaft die kräftigen Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank FED um insgesamt 1,5 Prozentpunkte im ersten Vierteljahr gegenüber. Diese entschlossenen geldpolitischen Maßnahmen wirkten stabilisierend auf die langfristigen Kapitalmarktzinsen. Insgesamt sank die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen im ersten Vierteljahr um rund 10 Basispunkte.

Im zweiten Vierteljahr kam es zu einer gegenläufigen Bewegung. Die steigende Inflationsrate für den Euro-Raum führte zu höheren Inflationserwartungen. Die Rendite auf zehnjährige Bundesanleihen stieg um 40 Basispunkte auf 5,09 % zum Quartalsende. Verglichen mit dem tatsächlich eingetretenen Höchstwert der Verbraucherpreis-inflation in Höhe von 3,4 % im Mai ließ die Entwicklung am Rentenmarkt auf ein ausgeprägtes Vertrauen in den Stabilitätswillen der EZB schließen.

In den Sommermonaten war erneut ein Trendwechsel zu verzeichnen. Ursache dafür waren die sich immer weiter verdüsternden Wachstumsaussichten für die USA und den Euro-Raum. Gleichzeitig waren die Inflationsrisiken rückläufig. Insbesondere am Rohölmarkt zeichnete sich eine immer stärkere Preisentspannung ab. Bis zum Ende des dritten Quartals ging die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen um 30 Basispunkte auf 4,79% zurück.

Verstärkt wurde die Abwärtsbewegung durch die Terroranschläge gegen die USA am 11. September 2001. Die direkten und indirekten materiellen Schäden erreichten zwar bereits ein beträchtliches Ausmaß, wurden jedoch noch durch den immensen Vertrauensverlust in der Wirtschaft übertroffen. Hinzu kam ein hohes Maß an Unsicherheit über die Auswirkungen der militärischen Reaktion der USA auf die Terroranschläge. Unter diesen Umständen konnten die Anleihemärkte in ihrer Funktion als „sicherer Hafen“ kräftige Kursgewinne verbuchen.

Ihren Jahrestiefststand erreichten die Kapitalmarktzinsen Anfang November. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten mit 4,30%. In den letzten Wochen des Jahres setzte dann wieder eine Gegenbewegung ein. Auslöser waren Konjunkturdaten aus den USA, die Hoffnung auf eine Konjunkturerholung im Frühjahr 2002 machten. Bereits Mitte Dezember erreichten die Kapitalmarktzinsen wieder Niveaus, die sie zuletzt vor den Terroranschlägen auf die USA eingenommen hatten.

Entwicklung des Euro

Vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 2001 stand der Euro unter Abwertungsdruck. Bis zur Jahresmitte schwächte er sich von einem Ausgangswert von 95 US-Cent pro Euro auf 85 US-Cent pro Euro ab. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren die Wachstumserwartungen für die USA und den Euro-Raum. Zwar wurde für die USA mit einem stärkeren Einbruch des Wirtschaftswachstums gerechnet. Zugleich festigten aber die kräftigen Zinssenkungen der FED das Vertrauen der Märkte, dass der Wirtschaftseinbruch schnell behoben werden würde. Demgegenüber wurde die geldpolitische Lockerung der EZB als zu geringfügig und zu spät eingestuft.

Mitte Juli begann eine Aufwärtsbewegung des Euro, die diesen bis zum September kurzzeitig über die Marke von 90 US-Cent pro Euro trug. Zu dieser Zeit mehrten sich zum einen Zweifel an der Wirksamkeit der expansiven Geldpolitik der FED und zum anderen wurde das anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizit der USA als bedrohlich angesehen.



Entgegen den Erwartungen führten die Terroranschläge nicht zu gravierenden Verschiebungen der Währungsrelationen. In den Tagen nach den Anschlägen verteuerte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar um 2 Cent und schwächte sich in den folgenden Wochen wieder ab. In den letzten drei Monaten des Jahres notierte er meist zwischen 88 und 90 US-Cent pro Euro. Zum Vorteil des US-Dollars wirkte sich bis ins Jahr 2002 aus, dass die Märkte annehmen, dass die Erholung der Weltwirtschaft von den USA ausgehen und erst danach auf den Euroraum übergreifen wird.

Entwicklung des Aktienmarktes

Die Aktienmärkte verzeichneten 2001 ihr zweites Verlustjahr in Folge. Seinen Tiefststand erreichte der DAX am 21. September 2001 mit 3.787 Punkten. Mitte November hatte er sich auf über 5.000 Punkte erholt.

Die **Aktienmärkte** verzeichneten im Jahr 2001 ihr zweites Verlustjahr in Folge. Mit 5.160 Punkten lag der DAX am Jahresende 20% unter seinem Stand ein Jahr zuvor. Bereits im Jahr 2000 war er um 8% zurückgegangen.

Die Abwärtsbewegung setzte sowohl auf den amerikanischen als auch auf den europäischen Aktienmärkten im Februar 2001 ein und war durch die anhaltende Unsicherheit der Marktteilnehmer über die Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten veranlasst. Besonders stark wurden am US-amerikanischen Aktienmarkt die Gewinnerwartungen im Bereich der TMT-Unternehmen (Technologie, Medien, Telekommunikation) zurückgeschraubt.

Im zweiten Vierteljahr kam es zu einer vorübergehenden Erholung der Aktienmärkte, die durch Impulse aus den USA bedingt war. Am Ende des ersten Halbjahres konnte der DAX mit 6.058 Punkten die 6.000-Punkte-Marke noch einmal überwinden. In den folgenden Monaten verliefen die Aktienkurse allerdings rückläufig. Sowohl in den USA als auch in Europa wurden die Kurse durch geringer als erwartet ausfallende Gewinnmeldungen großer Unternehmen belastet.

Anschließend führten die Terroranschläge vom 11. September noch einmal zu gravierenden Einbrüchen der Aktienkurse. Der DAX erreichte am 21. September 2001 mit 3.787 Punkten seinen Tiefststand.

Die Befürchtung, dass die Aktienkurse längere Zeit auf einem solchen Niveau verharren könnten, bestätigte sich jedoch nicht. Schon Mitte November überstieg der DAX wieder die 5.000-Punkte-Marke und tendierte für den Rest des Jahres seitwärts. Für die überraschend schnell einsetzende Erholung werden mehrere Faktoren verantwortlich gemacht: Einerseits wurden die niedrigen Kurse für kostengünstige Anschaffungen von Unternehmenswerten genutzt, denen langfristig gute Ertragschancen zugetraut werden, andererseits begannen sich die Nachrichten zu verbessern. Eine maßgebliche Rolle spielten dabei die schnellen Erfolge der USA im Kampf gegen das Taliban-Regime sowie erste Indikatoren, die auf eine US-amerikanische Konjunkturerholung im Frühjahr 2002 hinwiesen.

Ausblick

Für das laufende Jahr wird auf der Grundlage einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Aussichten und positiver binnenwirtschaftlicher Impulse eine leichte Erholung der deutschen Wirtschaft erwartet. Die Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes wird dennoch voraussichtlich erneut unter 1% Prozent liegen. Die Arbeitsmarktlage wird weiterhin schlecht bleiben. Dies wird sich in einer Zahl von jahresdurchschnittlich etwa 3,96 Millionen Arbeitslosen niederschlagen. Die Teuerungsrate wird voraussichtlich auf etwa 1,5% sinken. Das größte Risiko für eine höhere Inflationsrate sieht die Bank für Sozialwirtschaft derzeit in einer weiteren Eskalation der Auseinandersetzungen im Nahen Osten mit entsprechenden Folgen für die Ölpreisentwicklung.

Das verfügbare Einkommen in Deutschland wird sich durch moderat ansteigende Löhne und Gehälter sowie durch zusätzliche Belastungen wegen höherer Krankenkassenbeiträge, Öko-, Tabak- und Versicherungssteuern lediglich um etwa 1% erhöhen. Dies wird sich – ebenso wie die Arbeitsmarktlage – in einer entsprechend zurückhaltenden Konsumkonjunktur niederschlagen.

Auch wenn sich inzwischen die Anzeichen für eine Überwindung der globalen Wachstumsschwäche mehren, sprechen die konjunkturellen Frühindikatoren noch keine einheitliche Sprache. Dennoch setzt sich der Geld- und Kapitalmarkt inzwischen mit der Frage auseinander, wann und um welchen Prozentsatz die Zinsen erhöht werden (müssen). Aufgrund der im Vergleich zur amerikanischen Zentralbank nur verhalten vorgenommenen Zinssenkungen der EZB wird die Frage nach dem Umfang von Zinserhöhungen entsprechend unterschiedlich zu beantworten sein. Mit Blick auf die derzeitigen fiskal- und geldpolitischen Impulse rechnet die Bank für Sozialwirtschaft bis zum Jahresende mit weiterhin leicht steigenden Renditen.



Auf der Basis einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Aussichten und positiver binnenwirtschaftlicher Impulse wird für 2002 eine leichte Erholung der deutschen Wirtschaft erwartet. Die konjunkturellen Frühindikatoren sind jedoch noch uneinheitlich.

Sozialwirtschaftliche Entwicklungen

Seit mehreren Jahren findet die für die Sozialwirtschaft bedeutsame Umstellung auf die so genannte **leistungsbezogene Vergütung** statt. Mit der Einführung der DRGs im Krankenhausbereich wird die Entwicklung weitergeführt, die mit dem Pflegeversicherungsgesetz¹ begonnen hatte, sich mit der Änderung des Bundessozialhilfegesetzes² fortsetzte und dann auch den Bereich der Jugendhilfe³ erfasste. Im Kern geht es darum, kostenorientierte und pauschale bzw. tagesgleiche Vergütungssätze durch bedarfsgruppendifferenzierte Leistungsvergütungen zu ersetzen.⁴ Diese Umstellung in der Finanzierung erfordert u. a. eine gründlichere Erfassung der Leistungen und des Ressourcenverbrauchs, das Einführen eines leistungsfähigen Rechnungswesens, operatives und strategisches Controlling, einen differenzierten und flexiblen Personaleinsatz sowie die Rationalisierung der Leistungserstellung.

Das Erhöhen der **Markttransparenz** ist eine weitere Zielsetzung der Gesetzgebung. Hierzu dienen u. a. Leistungs- und Preisvergleichslisten sowie Betriebsvergleiche.⁵

Seit einigen Jahren ist in der Sozialwirtschaft eine Umstellung in der Finanzierung sozialer Leistungen – weg von Kostenpauschalen hin zu einer leistungsbezogenen Vergütung – festzustellen. Dieser Prozess ist politisch gewollt.

Die Rechtsprechung verfestigte die mittlerweile in vielen Leistungsbereichen angelegte **Wettbewerbsorientierung**. Die leistungsgerechte Vergütung von Pflegeleistungen, so ein Urteil des Bundessozialgerichtes⁶, ist in erster Linie der jeweilige Marktpreis; um diesen zu ermitteln, sind Angebote gleicher Qualität und die Vergütungen der Leistungen anderer Anbieter zum Vergleich heranzuziehen; eine Darlegung der Kosten ist irrelevant. Mit Verweis auf das europäische Wettbewerbsrecht wies das gleiche Gericht darauf hin, dass ungeachtet der Bedarfsplanung neben den gemeinnützigen auch die privaten Anbieter Investitionszuschüsse bekommen müssen, da sonst ein Wettbewerbsnachteil und eine Einschränkung der Berufsfreiheit gegeben sei.⁷

Durch die neuere Gesetzgebung wurden auch die **Qualitätssicherung** sowie deren Nachweis und Kontrolle weiter verstärkt.⁸ Wie bereits mit der Einführung der Geldleistungen im Kontext der Pflegeversicherung, so wurde die **Subjektförderung** im SGB IX explizit in Form des persönlichen Budgets erweitert.

Die Stellung der Leistungsnutzer wurde gestärkt durch die Erweiterung der Mitwirkungsrechte.⁹ Die Sozial- und Gesundheitsleistungen werden zunehmend Gegenstand des **Verbraucherschutzes**. Dieser tritt neben den Vertretungsanspruch der gemeinnützigen Trägerverbände.

¹ 24. Mai 1994

² 23. März 1995/1. Jan. 1999

³ Kinder- u. Jugendhilfegesetz 15. März 1996

⁴ Gesetz zur Einführung eines diagnoseorientierten Fallpauschalensystems, BT 14. Dez. 2001

⁵ Gesetz zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes, BT 21. Juni 2001;

Gesetz zur Einführung eines diagnoseorientierten Fallpauschalensystems, BT 14. Dez. 2001

⁶ 14. Dez. 2001

⁷ 28. Juni 2001

⁸ Gesetz zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes, BT 21. Juni 2001;

Gesetz zur Rehabilitation und Teilhabe älterer Menschen – SGB IX – 19. Juni 2001

⁹ Drittes Gesetz zur Änderung des Heimgesetzes, 1. Jan. 2002; SGB IX;

Gesetz zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes, BT 21. Juni 2001



Die sich ändernden politischen Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an das Management. Das unternehmerische Risiko in der Sozialwirtschaft wächst, ebenso der Kapitalbedarf, gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung begrenzt.



Das unternehmerische Risiko in der Sozialwirtschaft

Wenn man heute von einer zunehmenden Finanzierungsunsicherheit in der Sozialwirtschaft spricht, so ist hiermit eine Entwicklung angesprochen, die folgende Ursachen hat: die unsichere bzw. geringer werdende Finanzierung durch die öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme, die zunehmende Marktabhängigkeit, die steigende Angewiesenheit auf privat finanzierte Nachfrage und Fundraising. Von zunehmendem unternehmerischen Risiko zu sprechen ist aber nur im brancheninternen Rückblick gerechtfertigt; im Branchenvergleich ist eher eine Angleichung des unternehmerischen Risikos in der Sozialwirtschaft auszumachen.

Diese Entwicklung erfordert bei den Anbietern der Sozialwirtschaft ein adäquates Management; die Banken benötigen Instrumente zu einer differenzierten Risikoerfassung. Die Bank für Sozialwirtschaft trägt den neuen Anforderungen Rechnung, indem sie u. a. ein branchenspezifisches Ratingsystem entwickelt, ein elaboriertes Risikomanagement einführt und eine entsprechende bank- und sozialwirtschaftliche Personalqualifizierung durchführt.

Der steigende Kapitalbedarf in der Sozialwirtschaft

Die Anbieter in der Sozialwirtschaft haben zukünftig einen höheren Kapitalbedarf. Dieser hat insbesondere folgende Ursachen:

- die Rückführung der öffentlichen Mittel für Ergänzungs- und Modernisierungsinvestitionen,
- den bestehenden Investitions- und Modernisierungsstau,
- die zunehmenden Aufwendungen für Rationalisierungsinvestitionen,
- die wachsende Nachfrage nach vielen Sozial- und Gesundheitsleistungen,
- die Steigerung der Innovationsgeschwindigkeit,
- den sich anbahnenden Wechsel von der Objekt- zur Subjektförderung.

Den wachsenden Kapitalbedarf müssen die Anbieter ungeachtet des zunehmenden unternehmerischen Risikos und der begrenzten Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung zu decken versuchen.

Einige Prognosedaten aus dem Behinderten- und dem Pflegebereich sollen die Bedarfsentwicklung bis zum Jahr 2010 illustrieren:

- Bei den Werkstätten für behinderte Menschen wird für den genannten Zeitraum ein Zusatzbedarf von 10.000 Plätzen und ein Sanierungsbedarf von 50.000 Plätzen angenommen.
- Ein Bedarf von 20.000 zusätzlichen Plätzen wird für das Behindertenwohnen geschätzt; 50.000 Plätze sind zu sanieren.
- Im Bereich der Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen wird bis 2010 ein Zusatzbedarf von 90.000 Plätzen und ein Sanierungsbedarf von 50.000 Plätzen angenommen.

Hinzuweisen ist ergänzend auf den Investitionsbedarf z. B. bei der Kinderbetreuung und im Krankenhaussektor.

Konsequenzen von Basel II für sozialwirtschaftliche Organisationen

In der sozialwirtschaftlichen Diskussion ist die bevorstehende Einführung neuer einheitlicher Standards der Risikobemessung von Kreditforderungen durch den Baseler Ausschuss für die Kreditwirtschaft (Basel II) ein wichtiges Thema geworden. Befürchtet wird unter anderem, dass die derzeit vorgesehenen Ratingverfahren die spezifischen Bedingungen der Sozialwirtschaft nicht berücksichtigen und dass es daher zu Benachteiligungen bei der Kreditvergabe kommt.

Gemeinnützige Kreditnehmer der Sozialwirtschaft unterscheiden sich in der Wirtschaftsweise von anderen Kreditnehmern. So ist die Verwirklichung ihres Auftrages nicht auf das Erzielen einer optimalen Rendite ausgerichtet und sie haben eingeschränkte Möglichkeiten zur Rücklagenbildung sowie zur Eigenkapitalbeschaffung. Zudem müssen bei einem Rating auch die einzelnen Branchen (z. B. Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Beschäftigungsgesellschaften) mit ihren spezifischen Marktbedingungen, Finanzierungsgegebenheiten, Beziehungen zu den Kostenträgern sowie vorgegebenen qualitativen, technischen und baulichen Standards berücksichtigt werden.

Die Konsequenzen von Basel II für die Sozialwirtschaft sind derzeit noch nicht konkret abschätzbar. Die Bank für Sozialwirtschaft engagiert sich auf verschiedenen Ebenen für eine der Sozialwirtschaft angemessene Ausgestaltung der Eigenkapitalrichtlinien.

Auf der Grundlage ihrer langjährigen Kenntnis der gemeinnützigen Organisationen und ihres Branchen-Know-hows entwickelt die Bank für Sozialwirtschaft ein Rating-system, mit dem die spezifischen Risiken sozialwirtschaftlicher Kreditnehmer erfasst werden, und strebt für dieses System eine Anerkennung nach Basel II an.

Die Anforderung an die sozialwirtschaftlichen Unternehmen, eine möglichst gute Position in einem Rating zu erlangen, ist aber von diesen nicht nur als Zwang zu sehen. Hierin ist für Management, Vorstand oder Aufsichtsrat auch eine Chance gegeben: Aus externer Sicht wird dargestellt, wo die Schwachpunkte, aber auch wo die Stärken der Vereine und der Unternehmen liegen. Die Voraussetzungen für eine gute Platzierung sind – unabhängig von dem Kreditbegehren – auch für die Steuerung und Existenzsicherung zentral.

Die derzeitige Fassung der Regelungen von Basel II wird den besonderen Funktionsbedingungen des gemeinnützigen Sektors und der Sozialwirtschaft nicht nur in Bezug auf die Ratingsysteme, sondern auch in einigen anderen Punkten noch nicht gerecht. Die Bank für Sozialwirtschaft bemüht sich daher, in enger Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege auf nationaler und europäischer Ebene, eine für die Sozialwirtschaft angemessene Ausgestaltung der Eigenkapitalrichtlinien zu erwirken. Zudem werden die Kunden der Bank für Sozialwirtschaft intensiv informiert und beraten in Bezug auf die Anforderungen von Basel II und die zu bewältigenden Anpassungen.

Europa: Impulsgeber und Aktionsfeld zugleich

Die Sozial- und Gesundheitspolitik wie auch die entsprechenden Dienste werden immer mehr zu einer europäischen Angelegenheit. Auf europäischer Ebene werden u. a. die langfristige Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme, der Zugang zu Sozial- und Gesundheitsdiensten, deren Qualität wie auch die Stellung der Nutzer zu bestimmenden Themen. Dies wird z. B. deutlich in der Mitteilung der Kommission „Die Zukunft des Gesundheitswesens und der Altenpflege“¹⁰ und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2002. Sozial- und Gesundheitsdienste werden mittlerweile als wichtiger Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells angesehen.

Die Akteure der Sozialwirtschaft sind gefordert, sich zunehmend im Aktionsfeld Europa auf regionaler, nationaler und „Brüsseler“ Ebene zu engagieren. Ihre Aufgabe ist es, sich in die politischen Prozesse, die zu Entscheidungen des Rates und der Kommission führen, einzubringen und an deren Ausgestaltung und Umsetzung mitzuwirken.

Insofern sind auch die strategischen Ziele, die auf europäischer Ebene entwickelt werden, deren Umsetzung dann bewertet und auf Nachhaltigkeit geprüft wird, in Bezug auf ihre Konsequenzen für die Sozialwirtschaft zu untersuchen. Auf dem EU-Gipfel von Stockholm¹¹ wurde u. a. beschlossen, bis zum Jahr 2005 ein allgemeines Beschäftigungsniveau von 67 % anzustreben. Bis zum Jahr 2002 soll ein gemeinschaftsweites Erhebungssystem aufgebaut werden, mit dem die Statistiken für Kinderbetreuung transparenter werden sollen. Zudem ist beabsichtigt, die Beteiligung von Behinderten am Arbeitsprozess zu fördern. Gemeinschaftsweit gültige Maßnahmen sollen eingeleitet werden. Der Gipfel von Laeken¹² verabschiedete eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Strukturindikatoren, u. a. auch in Bezug auf die Qualität der Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung sowie Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung.



Die Akteure der Sozialwirtschaft sind zunehmend gefordert, Europa als strategisches Aktionsfeld zu begreifen. Sozial- und Gesundheitsdienste werden inzwischen als wichtiger Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells gesehen.

¹⁰ 5. Dez. 2001

¹¹ 24. März 2001

¹² 14./15. Dez. 2001

Die Akteure der Sozialwirtschaft haben ein Interesse daran, sich an den Prozessen der Zielentwicklung und Umsetzung ebenso zu beteiligen wie an den Verfahren der mittlerweile eingeführten „Methode der offenen Koordinierung“. Diese ermöglicht der Kommission, auch in Politikbereichen (z. B. Beschäftigung, Gesundheit, Jugend) Prozesse voranzutreiben, in denen sie nur eine generelle Zuständigkeit hat. Auf Vorschlag der Kommission werden von den Regierungen Leitlinien vereinbart, die eine allgemeine Ausrichtung vorgeben; die Mitgliedstaaten übernehmen diese in ihre Politikgestaltung, die in nationalen Aktionsplänen zum Ausdruck kommt. Diese wiederum werden erstellt unter Berücksichtigung der Erfahrungen der übrigen EU-Länder. Die Ergebnisse werden nach einer gewissen Zeit auf europäischer Ebene verglichen und bewertet. Somit wird der Wandel wesentlich mit Benchmarking vorangetrieben.¹³



Von grundlegender Bedeutung für die Sozialwirtschaft ist die intensive Fortführung der Diskussion um die Ausgestaltung der Mitteilung der EU-Kommission „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa“¹⁴. Hiermit wurde die brisante Frage explizit zum europäischen Thema, ob bzw. in welchem Umfang soziale Dienste als wirtschaftliche Tätigkeiten anzusehen sind und somit dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die gemeinnützigen Anbieter werden hierdurch unter Klärungszwang gesetzt. Sie müssen ihr Selbstverständnis profilieren und sich bzw. ihre Leistungen zwischen dem gewerblichen und dem staatlichen Sektor positionieren. Die Kommission will die europäische Wettbewerbsordnung durchsetzen, gleiche Chancen aller beim Marktzugang schaffen, verzerrende Beihilfen verhindern und damit zur Leistungssteigerung durch Deregulierung beitragen. Die öffentlichen und öffentlich geförderten Anbieter wollen, dass den Leistungen der Daseinsvorsorge eine schütz-würdige Sonderrolle zugewiesen wird und sie somit der beihilferechtlichen Prüfung entzogen werden.¹⁵ Der politische Prozess zur Ausgestaltung dieser Kommissionsmitteilung dauert noch an. Die Leistungen der Daseinsvorsorge, deren Ergebnisse und Auswirkungen auf den Wettbewerb werden Gegenstand einer Evaluierung auf der Gemeinschaftsebene sein. Der Europäische Rat fordert die Kommission auf, einen Orientierungsrahmen für die staatlichen Beihilfen festzulegen, die den Unternehmen gewährt werden, die Leistungen der Daseinsvorsorge zu erbringen.¹⁶

¹³ Mitteilung der Kommission: Umsetzung der sozialpolitischen Agenda – Übersichtstabelle. 22. Jan. 2001

¹⁴ 20. Sept. 2000

¹⁵ Grundelemente für eine gemeinsame Stellungnahme der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Spitzenverbände zur Stellung der sozialen Dienste im Rahmen der Daseinsvorsorge in Europa 9. Nov. 2000

¹⁶ Europäischer Rat von Laeken 14./15. Dez. 2001

Auch an den Entscheidungen des EuGH ist abzulesen, wie unmittelbar geschäftsrelevant Entscheidungen europäischer Institutionen werden. So ist nach einem Urteil des EuGH die Bereitschaftszeit in einem Krankenhaus als Arbeitszeit anzuerkennen. Dieses Urteil hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die Personalwirtschaft und die Personalkosten im Krankenhaus, sondern auf alle Einrichtungen und Dienste, in denen es Bereitschaftszeiten gibt.¹⁷ Es hat etwas länger gedauert, bis die weit reichenden Konsequenzen dieses Urteils gesehen wurden. Von übergreifender Bedeutung ist auch die Entscheidung in einem Fall, der dem EuGH vom OVG Rheinland-Pfalz vorgelegt worden war. Ein privater Anbieter hatte gegen die vorrangige Übertragung der Notfallrettung des Krankentransports auf einen Kreis gemeinnütziger Anbieter geklagt. Ergebnis: Gewisse Organisationen können in dem Fall bei der Zulassung zu Notfall- und Krankentransport begünstigt werden, sofern allein durch diese Beschränkung des Anbieterkreises eine rentable und damit auch sichere sowie den Qualitätsmaßstäben entsprechende Versorgung möglich ist. Eine Begrenzung des Anbieterkreises ist nicht zulässig, wenn die begünstigten Anbieter nicht in der Lage sind, die Versorgung qualifiziert sicherzustellen und sie somit ihre marktbeherrschende Stellung ausnutzen oder aber Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden.¹⁸

Die hier ausgewählten Beispiele zu den europäischen Entwicklungen im Berichtsjahr verdeutlichen, welche zunehmende praktische Relevanz die Entscheidungen europäischer Institutionen für die Sozialwirtschaft haben und wie sehr „Europa“ Aktionsfeld sozialwirtschaftlicher Verbände und Unternehmen werden muss. Entsprechende Angebote der Bank für Sozialwirtschaft ermöglichen den Kunden eine kontinuierliche Information und Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen.

Eine kontinuierliche Information zu den relevanten sozialpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene und ihren Konsequenzen ermöglicht die Bank für Sozialwirtschaft über ihr EU-Förderinformationssystem im Internet (www.sozialbank.de/eufoerderung).

So ist beispielsweise das Interesse an der Nutzung des von der Bank für Sozialwirtschaft bereitgestellten EU-Förderinformationssystems (BFS-EUFIS) stark gestiegen. Das über die Website der Bank angebotene System enthält heute nicht mehr nur Förderinformationen über Förderprogramme, sondern informiert ebenso über aktuelle politische Prozesse und Entscheidungen, die für die Sozialwirtschaft relevant sind, sowie über Aktivitäten von Organisationen aus der Sozialwirtschaft.

¹⁷ 3. Okt. 2000 – Rechtssache C-303/98

¹⁸ 25. Okt. 2001 – Rechtssache C-475/99

Lagebericht 2001

Geschäftsentwicklung

Die Bank für Sozialwirtschaft blickt für das Geschäftsjahr 2001 auf eine erfreuliche Geschäftsentwicklung zurück. Im Berichtsjahr konnten die Bilanzsumme, das Geschäftsvolumen und – entgegen dem Trend im Bankensektor – insbesondere der Jahresüberschuss erneut gesteigert werden. Das Geschäftsvolumen einschließlich der Bürgschaftsverpflichtungen stieg von DM 6.214 Mio. auf DM 6.306 Mio. Der Jahresüberschuss liegt bei DM 6,1 Mio. und damit um 10,6 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

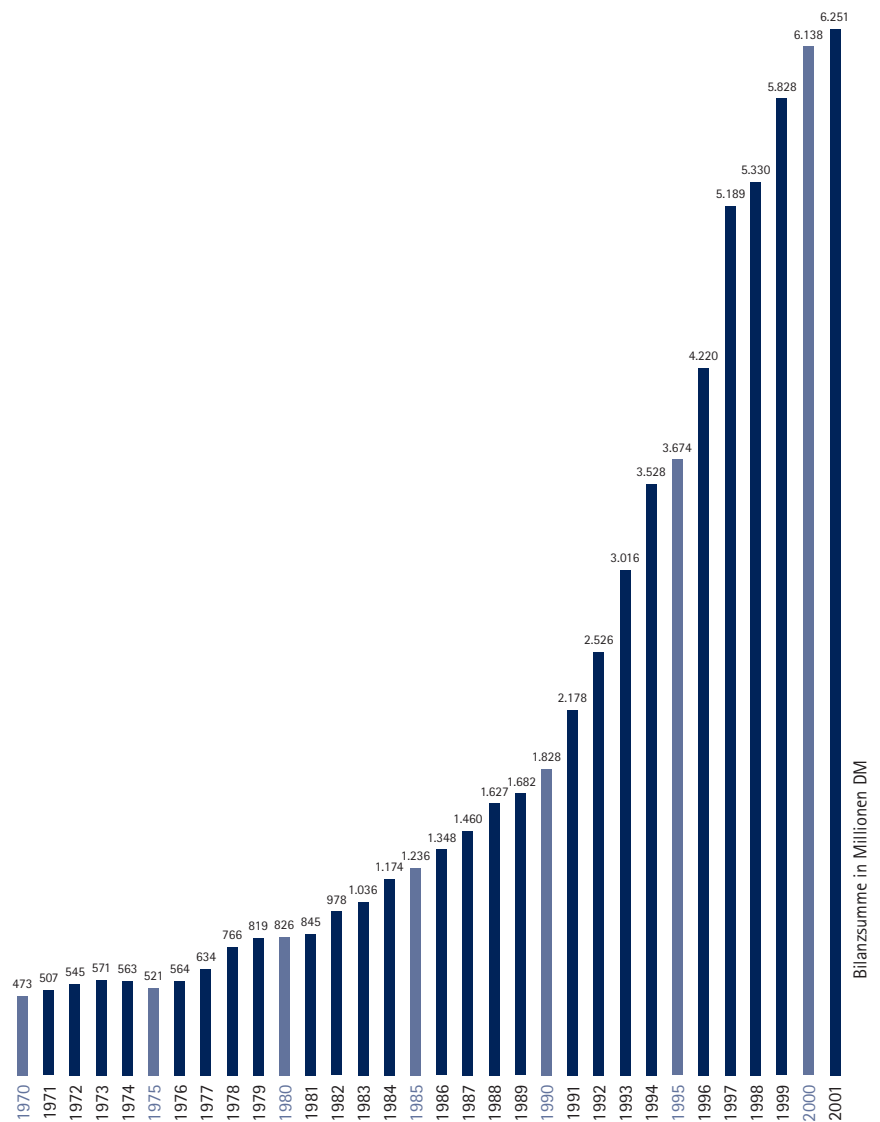
Um der weiter steigenden Nachfrage der sozialwirtschaftlichen Kunden nach Krediten, vor allem im langfristigen Bereich, im gewünschten Umfang nachkommen zu können, wurde im Berichtsjahr durch die Emission von 30.000 Vorzugsaktien zum Stückpreis von DM 410,00 eine Kapitalerhöhung im Umfang von nominal DM 3,0 Mio. vorgenommen. Das Interesse an Aktien der Bank für Sozialwirtschaft war so hoch, dass diese nach einem Zuteilungsverfahren vergeben werden mussten, durch das die Zeichnungsinteressenten lediglich 71 % der von ihnen gewünschten Aktien erhielten. Die hohe Nachfrage bestätigt die Einschätzung der Bank für Sozialwirtschaft, dass ihre Zukunftsaussichten angesichts der dynamischen Veränderungen im Spezialmarkt Sozialwirtschaft und der zunehmenden Bedeutung branchenspezifischen Finanzierungs-Know-hows als sehr gut zu bewerten sind.

In technischer und organisatorischer Hinsicht war das Berichtsjahr weiterhin von den Vorbereitungen für eine langfristige Anpassung der Software der Gesamtbank im Hinblick auf künftige Anforderungen gekennzeichnet. Aktuell galt es, die Umstellung auf den Euro zu bewältigen. Zum Jahreswechsel konnte diese problemlos vollzogen werden.

Zu den Vorbereitungen auf zu erwartende Herausforderungen gehört auf einer anderen Ebene die Aktualisierung des seit zehn Jahren eingesetzten Bonitätsanalyse-systems der Bank für Sozialwirtschaft AG. Die neue Version dieses Systems wird stärker als bisher Besonderheiten, die beim Rating sozialwirtschaftlicher Kreditnehmer beachtet werden sollten, berücksichtigen. Ziel ist es, für die neue Version eine Anerkennung des Bundesaufsichtsamts als IRB-Rating nach den Anforderungen von Basel II zu erhalten.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr um DM 112,5 Mio. oder 1,8 % auf DM 6.251 Mio.



Aktivgeschäft

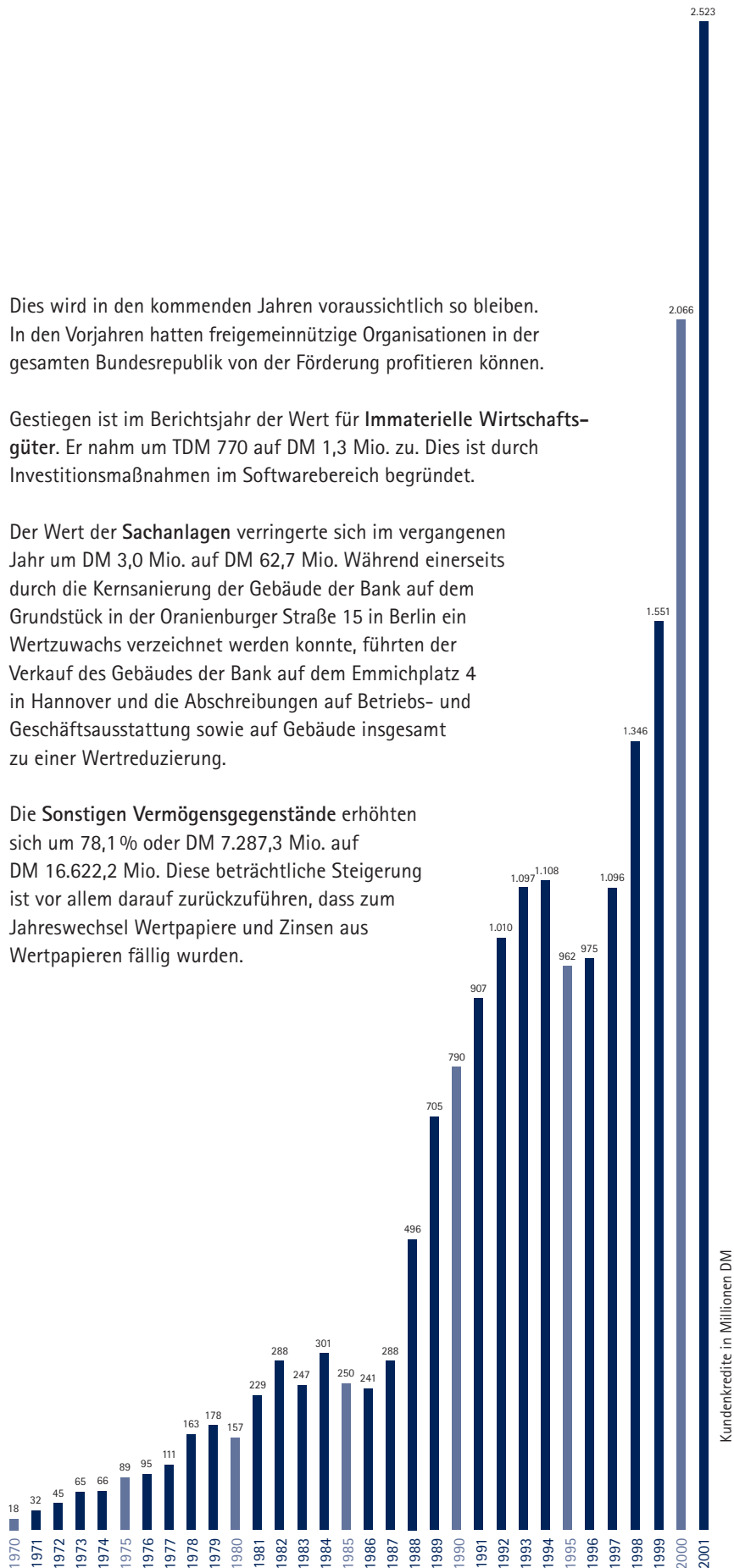
Wie bereits in den Vorjahren war auch im Berichtsjahr das Kundenkreditgeschäft von einem positiven Wachstum gekennzeichnet. Vor allem die nachlassende öffentliche Förderung sozialwirtschaftlicher Unternehmen führt dazu, dass der Kreditbedarf, insbesondere im langfristigen Bereich, seit Jahren wächst. Die **Forderungen an Kunden** einschließlich so genannter Ersatzdebitoren wie Schuldscheindarlehen an Kommunen stiegen um DM 457,5 Mio. oder 22,2% auf DM 2.523,1 Mio. Das Kreditgeschäft mit den Kunden der Bank im engeren Sinne erhöhte sich dabei um DM 314 Mio. Dieser Anstieg ist erneut vorrangig auf den Zuwachs langfristiger Programmkredite zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** dagegen verringerten sich im Berichtsjahr um 34,7% von DM 1.192,0 Mio. auf DM 778,9 Mio. Diese Reduzierung des Bestandes ist in erster Linie durch Fälligkeiten von Schuldscheindarlehen bedingt.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag lag mit DM 2.528,8 Mio. um DM 71,0 Mio. oder 2,9% höher als im Vorjahr. Die größte Steigerung (um DM 93,8 Mio. oder 47,4%) verzeichnete die Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“. Sie ist dadurch zu begründen, dass die Bank für Sozialwirtschaft im Jahr 2001 ihre Anteile an bestehenden eigenen Investmentfonds aufgestockt hat und sich zudem an zwei im Berichtsjahr von ihr neu aufgelegten Publikumsfonds beteiligte.

Diese beiden Fonds wurden speziell für die vorrangig an Sicherheitskriterien orientierten Bedürfnisse der Kunden der Bank entwickelt und in ihrer Zusammensetzung entsprechend gestaltet. Gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) wurde im Sommer 2001 für die Einrichtungen und Gliederungen der AWO der Publikumsfonds „AWO-BFS-Invest-DIT“ aufgelegt, der ein Viertel des Fondsvermögens in Aktien von Unternehmen mit Sitz in Euroland investiert, überwiegend aber in Euro-notierten festverzinslichen Wertpapieren, Wandel- und Optionsanleihen sowie Zerobonds anlegt. Im Herbst 2001 folgte die Auflage des Rentenfonds „BFS Euro-Renten d54 SEB Invest“. Dieser Fonds hat das Ziel, nachhaltige laufende Erträge aus rein deckungsstockfähigen Anlagen zu erwirtschaften. Kundengespräche ergaben einen hohen Bedarf an diesen Produkten, und diese Wünsche hat die BFS aufgegriffen und umgesetzt.

Die **Treuhandkredite** verzeichneten im Berichtsjahr einen leichten Rückgang um 1,9% auf DM 332,9 Mio. Dieser Wert ist rein stichtagsbezogen zu sehen. Insgesamt blieb der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Erstmals wurden im Berichtsjahr die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung des Auf- und Ausbaus der Freien Wohlfahrtspflege vorgesehenen Darlehen ausschließlich Einrichtungen und Organisationen in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt.



Dies wird in den kommenden Jahren voraussichtlich so bleiben. In den Vorjahren hatten freigemeinnützige Organisationen in der gesamten Bundesrepublik von der Förderung profitieren können.

Gestiegen ist im Berichtsjahr der Wert für **Immaterielle Wirtschaftsgüter**. Er nahm um TDM 770 auf DM 1,3 Mio. zu. Dies ist durch Investitionsmaßnahmen im Softwarebereich begründet.

Der Wert der **Sachanlagen** verringerte sich im vergangenen Jahr um DM 3,0 Mio. auf DM 62,7 Mio. Während einerseits durch die Kernsanierung der Gebäude der Bank auf dem Grundstück in der Oranienburger Straße 15 in Berlin ein Wertzuwachs verzeichnet werden konnte, führten der Verkauf des Gebäudes der Bank auf dem Emmichplatz 4 in Hannover und die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude insgesamt zu einer Wertreduzierung.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich um 78,1% oder DM 7.287,3 Mio. auf DM 16.622,2 Mio. Diese beträchtliche Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass zum Jahreswechsel Wertpapiere und Zinsen aus Wertpapieren fällig wurden.

Passivgeschäft

Wie bereits in den Vorjahren stiegen auch 2001 die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** insgesamt um 4,5 % auf DM 2.007,7 Mio. Die Erhöhung fand ausschließlich im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist statt, während die täglich fälligen Verbindlichkeiten mehr als halbiert wurden. Erneut ist diese Entwicklung durch das Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft bedingt, zu dem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten eine fristenkongruente Refinanzierung darstellen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lagen bei DM 3.426,4 Mio. und sind damit stabil geblieben (+0,3 %). Die Betrachtung der Einzelpositionen lässt jedoch eine große Spannbreite an Anlageformen erkennen: So nahmen die Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von drei Monaten aufgrund der inversen Zinsstruktur in 2001 überproportional um 46,8 % auf DM 137,5 Mio. zu, während zugleich die Spareinlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit einem Minus von 17,5 % ebenso überproportional zurückgeführt wurden. Wie bereits in den Vorjahren entfiel der überwiegende Anteil der Verbindlichkeiten auf die täglich fälligen Einlagen, die um 4,9 % auf DM 1.669,1 Mio. anstiegen, und auf die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, die nach einem Rückgang um 5,9 % zum Stichtag einen Wert von DM 1.561,4 Mio. ausmachten. Beide Werte sind zwar stark stichtagsabhängig, verdeutlichen aber mit Blick auf ihr Gesamtvolumen in Relation zur Bilanzsumme der Bank dennoch den hohen Liquiditätsbedarf der Kunden. Auch lässt ein Vergleich der Durchschnittsbilanzen erneut ein konstant hohes Niveau an Giroeinlagen, Tages- und Festgeldern erkennen.

Die Anlagen in **Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Rückgang um DM 9,9 Mio. auf DM 223,2 Mio. Um diese Differenz überstiegen die Fälligkeiten (DM 44,1 Mio.) die Zugänge (DM 34,3 Mio.).

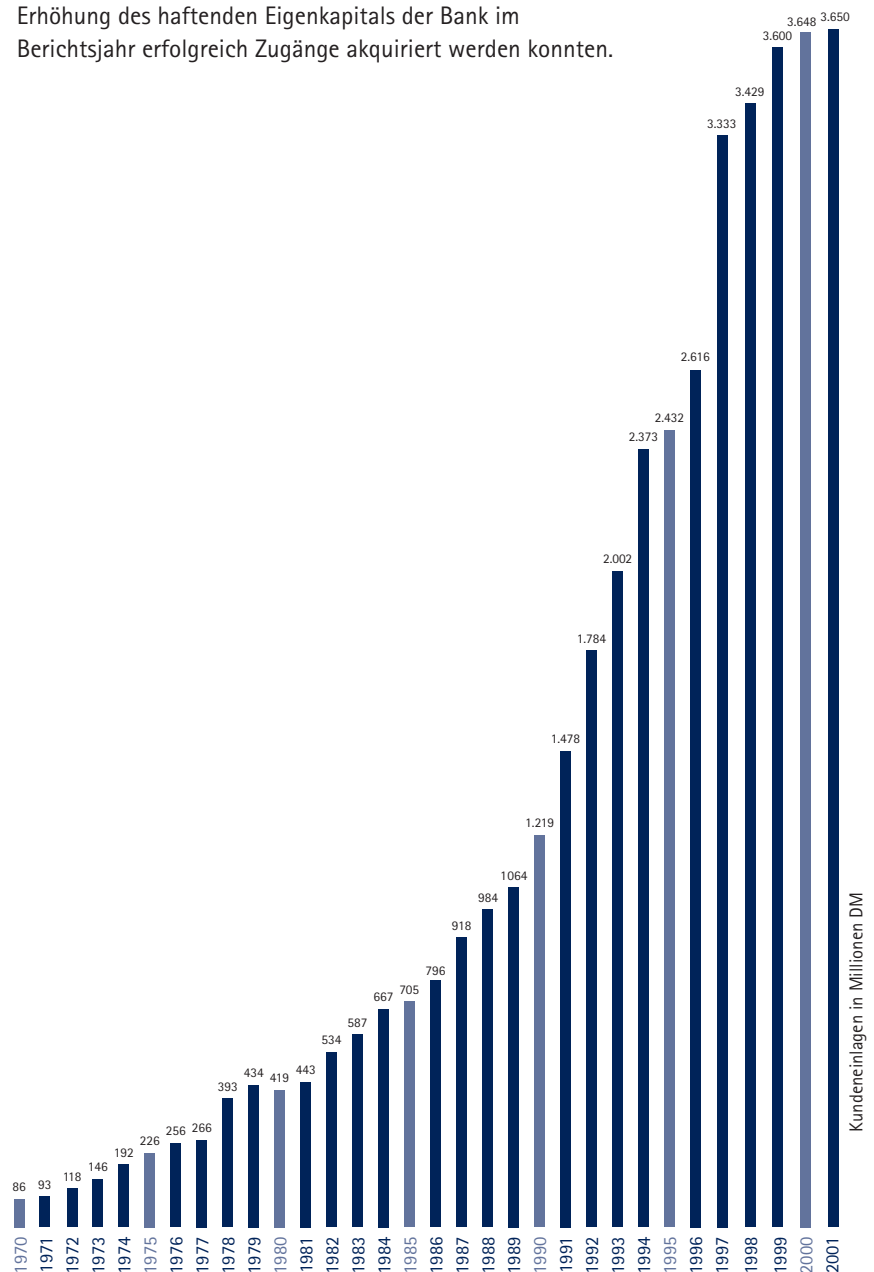
Die Rechnungsabgrenzungsposten erhöhten sich um 42,6 % auf DM 6,6 Mio. Dies ist in einer Steigerung des Disagios auf Kundenkredite im Dezember 2001 begründet.

Die **Rückstellungen** wurden um 18,0 % auf DM 14,4 Mio. reduziert. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr wegen hoher Vorauszahlungen keine Steuerrückstellungen vorgenommen werden mussten.



Die Sonderposten mit Rücklageanteil sind um TDM 1.124 auf TDM 2.248 gesunken. Diese Position wurde im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999 gebildet und wird über fünf Jahre aufgelöst. Für das Jahr 2001 ist die planmäßige Reduzierung um TDM 1.124 zu verzeichnen.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten stiegen um 41,2% auf DM 69,6 Mio. Das ist vor allem dadurch bedingt, dass zur Erhöhung des haftenden Eigenkapitals der Bank im Berichtsjahr erfolgreich Zugänge akquiriert werden konnten.



Haftendes Kapital

Das gezeichnete Kapital sowie Kapital- und Gewinnrücklagen wurden im Berichtsjahr von DM 105,3 Mio. auf DM 118,9 Mio. aufgestockt. Eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals um DM 3,0 Mio. wurde durch die Emission von 30.000 Vorzugsaktien erreicht. Diese wurde ergänzt durch eine Kapitalerhöhung um DM 1,0 Mio. aus Gesellschaftsmitteln, die vorgenommen wurde, um das Grundkapital der Gesellschaft mit der Euro-Umstellung auf den glatten Betrag von EUR 31,7 Mio. zu erhöhen.

Die Kapitalrücklage erhöhte sich um DM 8,3 Mio. auf DM 51,6 Mio. Die Steigerung ist auf das Agio auf die neu emittierten Vorzugsaktien (+ DM 9,3 Mio.) zurückzuführen, während für die oben beschriebene Umwandlung in gezeichnetes Kapital DM 1,0 Mio. entnommen wurden.

Als haftende Mittel sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt.

Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von TDM 1.002 verbunden (60 % der vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen nach dem Stand vom 31.12.1987).

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** konnte im Berichtsjahr um 4,2 % auf DM 69,8 Mio. gesteigert werden.

Der **Provisionsüberschuss** liegt um 8,9 % höher als im Vorjahr und beläuft sich für 2001 auf DM 7,5 Mio. Eine Steigerung der Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr konnte hier insbesondere im Bereich des Wertpapiergeschäfts erzielt werden. Hier spielten unter anderem die Neuaufgabe der beiden bereits erwähnten Investmentfonds „AWO-BFS-Invest-DIT“ und „BFS Euro-Renten d54 SEB Invest“ eine Rolle. Auch zeigten sich hier erste Erfolge interner struktureller Veränderungen im Kundenwertpapiergeschäft. Die vergleichsweise kleine Steigerung der Provisionsaufwendungen um TDM 165,9 ist in erster Linie auf eine Erhöhung der Abwicklungsgebühren der LZB für den Zahlungsverkehr zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** konnten im Berichtsjahr um 62,3 % auf DM 5,1 Mio. gesteigert werden. Die wichtigsten Positionen waren hier eine Erhöhung der Erträge aus Grundstücken, der Erlös aus dem Verkauf des Gebäudes der Bank in Hannover sowie die Auflösung von Rückstellungen.

Die **Betriebsaufwendungen** sind um 4,7 % auf DM 47,4 Mio. gestiegen. Während die Erhöhung der Personalkosten um TDM 944,0 zum Teil durch Rückstellungen für Mitarbeiter in Altersteilzeit bedingt war und zum Teil durch die tarifliche Steigerung von Löhnen und Gehältern, entfiel die Steigerung der Sachkosten um TDM 1.198,2 zum überwiegenden Teil auf die Anschaffung eines neuen Handelssystems und zu einem kleineren Teil auf Aufwendungen zur Vorbereitung von Basel II. Im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (um TDM 1.930,4) sind die Abschreibungen auf Sachanlagen. Der überwiegende Teil davon entfiel auf Abschreibungen auf Standard-Software. Eine Steigerung um TDM 893,7 ist bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu verzeichnen. Sie ist in erster Linie auf höhere Rückstellungen zurückzuführen.

Der Abschreibungsbedarf im Wertpapiergeschäft ist etwas höher gewesen als im Vorjahr. Im Kreditgeschäft wurden erneut die handelsrechtlichen Bewertungsspielräume genutzt, um eine entsprechende Risikovorsorge zu treffen. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten als in früheren Jahren ausgegangen werden. Im Vergleich zu anderen Branchen ist das Kreditausfallrisiko jedoch immer noch niedrig. Das **Bewertungsergebnis** erhöhte sich insgesamt von – DM 10,9 Mio. auf – DM 14,1 Mio.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** verringerten sich um 37,6 % auf DM 5,9 Mio. Dies ist vor allem auf eine Reduzierung des Körperschaftssteuersatzes von 40 % auf 25 % zurückzuführen.

Der **Jahresüberschuss** liegt bei DM 6,1 Mio. und damit um 10,6 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß §9 der Satzung DM 1.800.000,00 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von DM 4.302.337,00 an die Aktionäre auszuschütten sowie einen Betrag von DM 13.078,00 auf neue Rechnung vorzutragen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften) hält die Bank für Sozialwirtschaft die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalyse-systems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtet. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Informationsdienste informiert. Zudem wird das Bonitätsanalyse-system der Bank für Sozialwirtschaft im Rahmen eines größeren Projektes derzeit den aktuellen Erfordernissen des Kundenkreises angepasst.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch im Sinne von § 1 Abs. 12 KWG wird nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden anhand der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft auch auf operative Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operativen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Die Entwicklungen im Kundenkreis der Sozialwirtschaft sind nur in geringem Ausmaß von aktuellen Konjunkturschwankungen abhängig. Eine größere Rolle spielen langfristige Marktveränderungen, die sich aus sozial- und gesundheitspolitischen Entwicklungen ergeben. Der zunehmende Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen, vor allem im investiven Bereich, und die fortschreitende Ablösung der reinen Förderpolitik durch Ausschreibungsverfahren verändern die Rahmenbedingungen für die Anbieter seit einigen Jahren erheblich. Mehr als früher sind sie gezwungen, sich einem Wettbewerb zu stellen und die eigenen Einrichtungen konkurrenz- und zukunftsfähig zu gestalten.

Bereits heute ist in verschiedenen Bereichen (z. B. stationäre Alten- und Behindertenhilfe) ein erheblicher Investitionsstau erkennbar, der sich teilweise aus einem wachsenden Sanierungsbedarf bestehender Immobilien ergibt. Unter anderem dadurch rechnen wir in den nächsten Jahren mit einem weiter steigenden Bedarf an Krediten, vor allem im langfristigen Bereich. Einerseits besteht hier ein beträchtliches Wachstumspotential für die Bank. Andererseits müssen aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen an die Kreditprüfung in jedem Einzelfall strengere Maßstäbe angelegt werden als früher. Neben den Daten aus dem Jahresabschluss werden hier die Bewertung von Steuerungs- und Planungsinstrumenten sowie der Qualität des Managements wichtiger. Aufgrund der bis vor wenigen Jahren vorherrschenden sozialwirtschaftlichen Strukturen ist allerdings z. B. der Einsatz professioneller Controllinginstrumente bei den Kunden der Bank nicht so verbreitet, wie es wünschenswert wäre.

Das Eigeninteresse der Bank für Sozialwirtschaft am Aufbau einer professionellen Steuerung sozialwirtschaftlicher Unternehmen ist aus diesem Grund sehr hoch. Ständig aktualisiert wird daher das Programm an Seminaren, Fachtagungen, Vorträgen und Betriebsvergleichen, das die Kunden der Bank in solchen Prozessen praktisch begleitet. Zugleich dienen diese Angebote der weiteren Profilierung der Bank als Partner von Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens nicht nur in finanziellen, sondern auch in betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Im Bankgeschäft wird diese Profilierung auch in Zukunft auf zwei Ebenen angestrebt. Zum einen durch die Fachkompetenz der kundenberatenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur in bankfachlichen Fragestellungen, sondern auch in der Kenntnis der spezifischen Finanzierungsbedingungen und rechtlichen Möglichkeiten der Klientel. Zum anderen durch den Ausbau der auf die Bedürfnisse der Sozialwirtschaft zugeschnittenen Palette an Produkten und Dienstleistungen.

Zugleich arbeiten wir daran, durch eine Optimierung unserer internen Organisation und personellen Struktur frühzeitig auf kommende Herausforderungen vorbereitet zu sein. Dazu gehören unter anderem eine stärkere Vertriebsorientierung der Geschäftsstellen der Bank, ein weiterer Ausbau des Kundenwertpapiergeschäftes und der Einsatz einer ausbaufähigen Gesamtbanksoftware.

Ein Feld, das für die Sozialwirtschaft immer wichtiger wird, ist derzeit z. B. die Akquisition von Spenden über das Internet. Schon im Berichtsjahr hat die Bank zur effizienten Abwicklung von Internet-Spenden ein All-in-all-Tool angeboten. Im Frühjahr des laufenden Geschäftsjahres startete bereits eine zweite, weiterentwickelte Version dieses Tools am Markt. Ende April wird mit dem „BFS-Xtra“ zudem ein integriertes E-Mail-Managementsystem für professionelles Fundraising im Internet präsentiert werden, das als Schnittstelle zwischen der Bank, Fundraising-Agenturen, Spendenorganisationen und Spendern funktionieren wird.

Für Unsicherheit im Kundenkreis sorgt zurzeit die Fragestellung, welche Auswirkungen Basel II auf Unternehmen der Sozialwirtschaft haben wird. Befürchtet werden unter anderem Nachteile bei der Anwendung von Ratingsystemen, die für privat-gewerbliche Unternehmen gedacht sind und die sozialwirtschaftliche Spezifika z. B. in der Bilanzstruktur nicht berücksichtigen, sowie Marktberäumungsprozesse zu Lasten gemeinnütziger Anbieter. Parallel zu der bereits erwähnten Entwicklung eines speziellen Basel-II-fähigen Ratingsystems arbeitet die Bank für Sozialwirtschaft im laufenden Geschäftsjahr in Form von Vorträgen, Diskussionen und Beiträgen in Fachzeitschriften an einer umfassenden Information der Kunden über die Anforderungen von Basel II und die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten für sozialwirtschaftliche Unternehmen. Zugleich ist sie fachlich beratend daran beteiligt, auf politischer Ebene die Interessen der Sozialwirtschaft bei Adressaten zu vertreten, die die Weiterentwicklung der Eigenkapitalrichtlinien verantworten.

Unsere Prognose ist, dass der Bedarf in der Sozialwirtschaft an Bankleistungen und insbesondere an Bankleistungen eines Fachinstituts in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Die bereits beschriebenen Veränderungen des Sozialmarktes spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Prognose, dass im Sozial- und Gesundheitswesen im Vergleich zu anderen Branchen überproportional hohe Wachstumsraten erwartet werden. Wir gehen daher davon aus, dass die Volumina in den unterschiedlichen Geschäftsfeldern der Bank, insbesondere im Kreditgeschäft und im Provisionsgeschäft, weiter wachsen werden.

Für das laufende Geschäftsjahr wird von einer langsamen Erholung der Konjunktur in Deutschland ausgegangen, nachdem die Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung zum Ende des Berichtsjahres durchschritten werden konnte. Mit den guten Nachrichten sind auch die Erwartungen weiterer Zinssenkungen geschwunden. Stattdessen beschäftigt sich der Markt jetzt mit der Frage, wann und inwieweit die Zinsen erhöht werden müssen. Denn bisher sprechen die konjunkturellen Frühindikatoren keine einheitliche Sprache.

Bis zum Jahresende rechnen wir mit weiter leicht steigenden Renditen. Mit Blick auf die Zinsprognose gehen wir für das laufende Jahr von einer positiven Stabilisierung des Ergebnisses aus. Langfristig rechnen wir mit einer weiteren Erhöhung der Ertrages. Hierzu wird vor allem der weitere Ausbau des Provisionsergebnisses, insbesondere im Kundenwertpapiergeschäft, beitragen. Die Verbesserung der Ertragslage wird zudem unterstützt durch eine Eingrenzung der Kosten durch die Optimierung interner Abläufe.

Auf der Basis unserer Hochrechnungen für das Jahr 2002 gehen wir davon aus, dass wir für das laufende Jahr erneut eine Dividende in Höhe von 3,60 Euro pro Stammaktie und 4,10 Euro pro Vorzugsaktie werden ausschütten können.

Berlin/Köln, den 10. April 2002
Bank für Sozialwirtschaft AG



Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt



Dietmar Krüger

Liquidität

Liquiditätsprobleme haben das ganze Jahr über nicht bestanden. Seit dem 1. Juli 2000 ist die Neufassung des Grundsatz II (Liquiditätsgrundsatz) anzuwenden. Dieser weist als wesentliches Merkmal auf, dass im Rahmen eines in vier Fristenbänder untergliederten Schemas die während der künftigen zwölf Monate der Bank zur Verfügung stehenden liquiden Aktiva und die tatsächlichen sowie potentiellen Liquiditätsabflüsse erfasst werden. Die Liquiditätslage einer Bank wird anhand einer monatlich zu meldenden Liquiditätskennziffer (Ein-Monats-Kennzahl) beurteilt, welche als Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen während des folgenden Monats ermittelt wird. Die Zahlungsbereitschaft wird dann als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer Werte gleich oder größer eins annimmt. Die von der Bank für Sozialwirtschaft AG gemeldete Kennziffer zum 31. Dezember 2001 betrug 1,83.

Die im Nostrobestand gehaltenen Wertpapiere und Schuldscheine haben folgende Rückzahlungszeiträume:

| | | |
|---------------------------|---------------------------|----------------|
| bis 1 Jahr | 710.909 | 24,3 % |
| über 1 Jahr bis 5 Jahre | 2.166.399 | 74,0 % |
| über 5 Jahre bis 10 Jahre | 48.914 | 1,7 % |
| Gesamt | 2.926.222 nom. TDM | 100,0 % |

Grundsätze

Die vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen aufgestellten Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität lassen der Bank weiterhin ausreichenden Handlungsspielraum. Die Relationen haben sich wie folgt verändert:

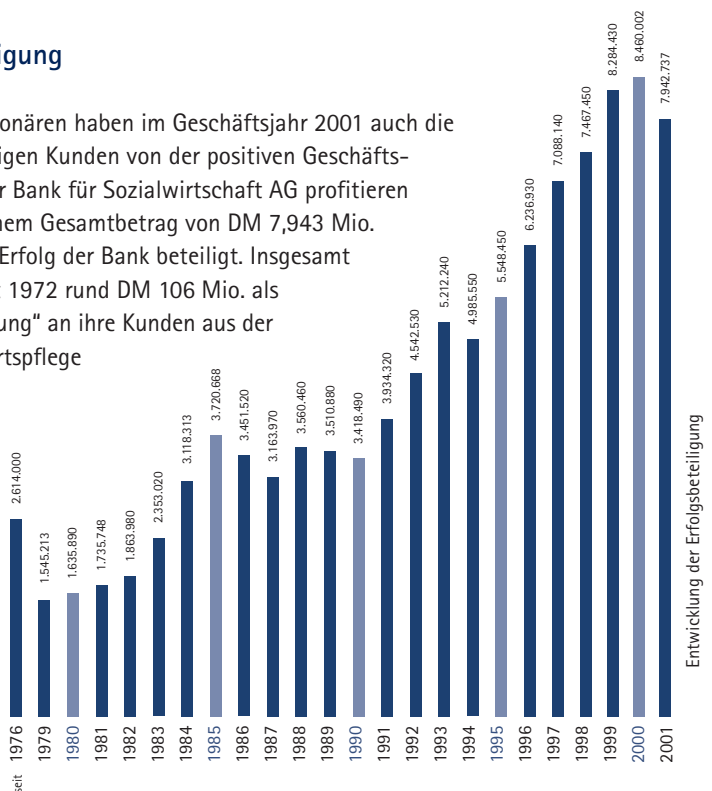
| | 2001 | 2000 |
|--------------|-------|------|
| Grundsatz I | 10,20 | 9,20 |
| Grundsatz II | 1,83 | 1,46 |

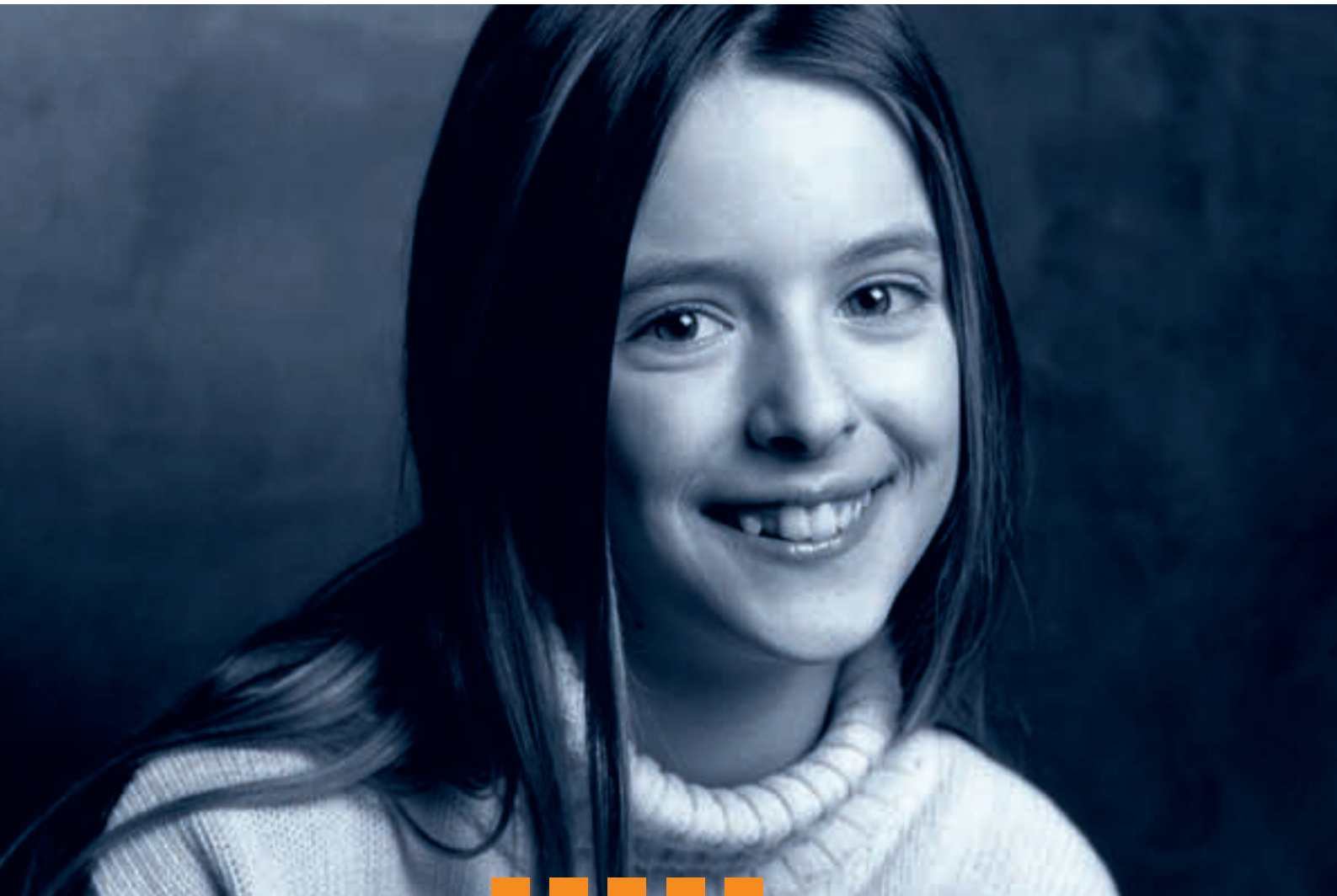
BFS auf einen Blick

| | 31.12.2001 Mio. DM | 31.12.2000 Mio. DM | Veränderung in % | in Mio. DM |
|--|-----------------------|-----------------------|---------------------|------------|
| – Bilanzsumme | 6.251,0 | 6.138,4 | + 1,8 | + 112,6 |
| – Geschäftsvolumen | 6.251,0 | 6.138,4 | + 1,8 | + 112,6 |
| – Eigengeschäft | 5.918,1 | 5.799,0 | + 2,1 | + 119,1 |
| – gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen | 118,9 | 105,3 | + 12,9 | + 13,6 |
| – Forderungen an Kreditinstitute | 778,9 | 1.192,0 | – 34,7 | – 413,1 |
| – Wertpapiere | 2.528,8 | 2.457,8 | + 2,9 | + 71,0 |
| – Forderungen an Kunden | 2.523,1 | 2.065,6 | + 22,1 | + 457,5 |
| – Treuhandkredite | 332,9 | 339,4 | – 1,9 | – 6,5 |
| – Einlagen von Kreditinstituten | 2.007,7 | 1.921,8 | + 4,5 | + 85,9 |
| – Einlagen von Kunden | 3.426,4 | 3.414,8 | + 0,3 | + 11,6 |
| – täglich fällig | 1.669,0 | 1.591,4 | + 4,9 | + 77,6 |
| – Festgelder | 1.561,4 | 1.658,9 | – 5,9 | – 97,5 |
| – davon Sparbriefe | 137,2 | 180,3 | – 23,9 | – 43,1 |
| – Spareinlagen | 196,0 | 164,5 | + 19,1 | + 31,5 |
| – eigene Schuldverschreibungen | 223,2 | 233,1 | – 4,2 | – 9,9 |

Erfolgsbeteiligung

Neben den Aktionären haben im Geschäftsjahr 2001 auch die freigemeinnützigen Kunden von der positiven Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG profitieren können: Mit einem Gesamtbetrag von DM 7,943 Mio. wurden sie am Erfolg der Bank beteiligt. Insgesamt hat die BFS seit 1972 rund DM 106 Mio. als „Erfolgsbeteiligung“ an ihre Kunden aus der Freien Wohlfahrtspflege ausgeschüttet.







Intern

Entwicklung der Tochtergesellschaften

BFS Service GmbH

Die betriebswirtschaftliche Begleitung und Fortbildung des Managements von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens stand im Geschäftsjahr 2001 erneut im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der BFS Service GmbH.

Das Spektrum der Instrumente und Maßnahmen, die die 100%ige Tochtergesellschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG einsetzt, um Sozialmanager auf die sich weiter verändernden Anforderungen in der Sozialwirtschaft vorzubereiten und um betriebswirtschaftliche Professionalisierungsprozesse in sozialen Unternehmen zu beschleunigen, ist im Jahr 2001 weiter ausgebaut worden. Dabei verfolgt die BFS Service GmbH nach wie vor die Strategie, interessante Themen frühzeitig zu erkennen und in konkrete Angebote umzusetzen. Meist gelingt es ihr auf diese Weise, vor allen anderen Anbietern mit praxisorientierten Dienstleistungen auf dem Markt zu sein.

Als unterstützend hat sich dabei vor allem erwiesen, dass die BFS Service GmbH die Auswahl ihrer Referenten nicht nur an deren theoretischer Qualifikation ausrichtet, sondern vor allem an ihren Praxiserfahrungen in der Sozialwirtschaft. Dadurch ist sie inzwischen mit zahlreichen Menschen vernetzt, die sich dauerhaft im Sozial- und Gesundheitswesen bewegen und so als Seismographen für neue Trends und Entwicklungen agieren können.

Im Berichtsjahr wurde zunächst das inhaltliche Spektrum der ein- bis zweitägigen Seminare zu den verschiedensten Aspekten des Managements sozialer Organisationen erweitert. Einerseits griffen die neuen Seminare aktuelle rechtliche Veränderungen für die Sozialwirtschaft auf, z. B. „Das neue SGB IX“ oder „Qualitätssicherung und Qualitätsprüfung in der stationären Altenhilfe“. Andererseits versuchten sie mit Hilfe erfolgreicher Modelle sehr praxisorientiert Fragestellungen zu erfassen, z. B. mit den Seminaren „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Die Balanced Scorecard“ oder „Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamt und Hauptamt“.

Außerdem etablierte die BFS Service GmbH ihr Angebot an eintägigen Fachtagungen für das Management in der Sozialwirtschaft am Markt. Unter den Titeln „Die Rechtsform der Zukunft im steuerbegünstigten Sektor“ und „Strategische Erfolgsfaktoren für die Sozialwirtschaft“ konnten sich Sozialmanager jeweils innerhalb eines Tages mit den verschiedensten Aspekten der einzelnen Fragestellungen vertraut machen. Im laufenden Geschäftsjahr wurde das Angebot an Fachtagungen um das Zukunftsthema „Franchising und Markenstrategien für soziale Dienstleistungen“ ergänzt. Die Tagung fand erstmals im Februar 2002 in Berlin statt und stieß auf sehr positive Resonanz.



Mit ihrer Strategie, interessante aktuelle Fragestellungen sozialwirtschaftlicher Unternehmen in Form von Seminaren, Fachtagungen und Lehrgängen aufzugreifen, hat sich die BFS Service GmbH als Anbieter qualitativ hochwertiger Fortbildungen bewährt.

Etabliert wurde ebenso der einwöchige Intensivlehrgang zum NPO-Management, den die BFS Service GmbH als bisher einziger Anbieter in Deutschland in Kooperation mit dem Verbandsmanagement Institut an der Universität Freiburg/Schweiz veranstaltet. Im Berichtsjahr wurde er zum zweiten Mal durchgeführt; im November 2002 ist der dritte Intensivkurs geplant.

Insgesamt verzeichnete die BFS Service GmbH im vergangenen Jahr eine weiter steigende Nachfrage nach Qualifizierungsangeboten. Der anhaltende Druck von Seiten des „Sozialmarktes“ ebenso wie von Seiten der Politik führte dazu, dass vor allem rechtliche, betriebswirtschaftliche und strategische Fragestellungen auf sehr hohe Resonanz stießen, während „weiche“ Themen, z. B. zum Thema „Führung“, weniger stark gebucht wurden.

Betriebsvergleiche

Mit ihrem Angebot an Betriebsvergleichen für die stationäre und die ambulante Altenhilfe sowie für Werkstätten für Behinderte hat sich die BFS Service GmbH in den letzten Jahren einen Namen bei allen Einrichtungen aus diesen Spezialbranchen gemacht, die Interesse daran haben, ihre Managemententscheidungen auf der Basis von aussagekräftigen Kennzahlendatenbanken zu treffen und dabei Aspekte des Benchmarking zu berücksichtigen.

Im Jahr 2001 wurden der 5. Betriebsvergleich für die stationäre Altenhilfe (mit 571 Teilnehmern), der 3. Betriebsvergleich für die ambulante Altenhilfe (mit 373 Teilnehmern) und der 2. Betriebsvergleich für Werkstätten für Behinderte (mit 114 Teilnehmern) durchgeführt. Zahlreiche Teilnehmer waren bereits zum wiederholten Male dabei. Die Betriebsvergleiche liefern branchenbezogene Informationen z. B. zur Kosten- und Personalstruktur und stellen diese im Vergleich zu Mitbewerbern dar. Das Management hat damit die Chance, Verbesserungspotentiale zu erkennen und zu nutzen – vor allem dann, wenn es die Entwicklung der eigenen Einrichtung über mehrere Jahre hinweg verfolgt. Die rein zahlenorientierte Auswertung der Betriebsvergleiche wird unterstützt durch Auswertungsworkshops, die einen direkten Austausch der Teilnehmer ermöglichen.

Online-Factoring

Die Betriebsvergleiche der BFS Service GmbH liefern branchenbezogene Informationen, die dem Management von ambulanten und stationären Einrichtungen der Altenhilfe sowie von Werkstätten für Behinderte Verbesserungspotentiale aufzeigen.

Speziell für ambulante Pflegedienste bietet die BFS Service GmbH seit Herbst 2001 das Online-Factoring an. Es ermöglicht die schnelle und unkomplizierte Vorfinanzierung von Forderungen an Kostenträger und löst damit das in dieser Branche häufig auftretende Problem der geringen Liquiditätsausstattung.

Mit diesem Angebot arbeitet die BFS Service GmbH direkt an der Schnittstelle zu den Leistungen der Bank für Sozialwirtschaft.



IS Immobilien-Service GmbH

Erneut waren die Aktivitäten der IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr von den sich verschlechternden Rahmenbedingungen auf dem Markt der Sozialimmobilien geprägt. Der finanzielle Spielraum, innerhalb dessen sich viele Investoren inzwischen bewegen, wird immer kleiner. Dies hatte zur Folge, dass die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr Bauvorhaben der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft teilweise wesentlich enger begleiten musste als in früheren Jahren, um sie zum Erfolg zu führen. Aufgrund dieser Entwicklung fand sich die IS Immobilien-Service GmbH häufiger als wünschenswert in der Rolle des Krisenmanagers statt in der des Beraters wieder. Durch gezielte Umfinanzierungen und maßgeschneiderte Liquiditätssteuerung konnten Insolvenzprobleme in der Bauausführungsphase vermieden werden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Berichtsjahr war die Betreiberauswahl für Anschlussbewirtschaftungen und die Eigentumsumwidmung, verbunden mit der Generierung von gebundenem Eigenkapital für den laufenden Geschäftsbetrieb.

Es zeichnete sich weiter eine steigende Nachfrage im Bereich der Beratungsleistungen zur Optimierung von Sozialimmobilien und deren Betrieb, auch durch Trennung von Eigentum und Bewirtschaftung, ab. In Kooperation mit externen Sachverständigen, Architekten und Projektmanagern wurden Leistungen angeboten, die das Ziel haben, langfristig marktgerechte Sozialimmobilien mit refinanzierbaren Mietansätzen zu erhalten.

Mit der IS Immobilienfonds 6 GbR wurde in Zusammenarbeit mit dem Emissionshaus Dr. Görlich GmbH, Berlin, ein weiterer Fonds aus der IS-Reihe aufgelegt. Hier wird mit einem Fondsvolumen von DM 47,2 Mio. in den Seniorenpark in Nidderau, Hessen, investiert. Die Immobilie besteht aus 158 Pflegeplätzen, 28 Seniorenwohnungen, Café, Bewegungsbad sowie Praxen für Physiotherapie, Orthopädie und Bewegungstherapie.

Die Platzierung wurde im Berichtsjahr begonnen und wird im Folgejahr fortgeführt. Bereits für das Jahr 2002 ist eine 7%ige Ausschüttung für Miteigentümer kalkuliert.

Aktionen

Tagungen und Kongresse

Nicht nur die BFS Service GmbH, auch die Bank für Sozialwirtschaft AG selbst profilierte sich im Berichtsjahr erneut als Veranstalterin von Tagungen und Kongressen:

2. BFS-Europa-Forum

Ihr Angebot an Tagungen und Kongressen hat die Bank für Sozialwirtschaft im Jahr 2001 weiter ausgebaut. Damit schärft sie ihr Profil als Fachinstitut, dessen Angebot weit über das Spektrum der Finanzdienstleistungen hinausgeht.

Unter dem Titel „Die Finanzierung der Sozialwirtschaft im Umbruch: Operative und unternehmensstrategische Konsequenzen“ fand Mitte Februar 2001 in Berlin das 2. BFS-Europa-Forum statt. Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vorrangig Führungskräfte aus der Freien Wohlfahrtspflege, nutzten die Gelegenheit, sich mit aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene vertraut zu machen.

Referenten aus verschiedenen europäischen Ländern zeigten auf, in welchen Veränderungsprozessen sich die Finanzierungsbedingungen in der Sozialwirtschaft in Europa befinden und verdeutlichten so unter anderem Lernansätze für Deutschland. Auch wurden die sozialpolitische Zielsetzung der Bundesregierung auf EU-Ebene und die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine finanzielle Förderung durch EU-Programme erörtert.

2. Kongress der Sozialwirtschaft

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) und dem Nomos-Verlag veranstaltete die Bank für Sozialwirtschaft AG Anfang Mai 2001 in Braunschweig den 2. Kongress der Sozialwirtschaft. Im Mittelpunkt der Kongressbeiträge stand die „Strategische Unternehmensentwicklung in der Sozialwirtschaft“.

In Plenumsveranstaltungen und Foren hatten die rund 200 Teilnehmer aus dem Sozialmanagement Gelegenheit, sich mit der Sichtweise von Referenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialwirtschaft zu diesem Thema auseinander zu setzen und sich durch eigene Beiträge in die Diskussion einzubringen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die Frage nach der bestmöglichen Verbindung von „Sozialverpflichtung“ und „Markt“ als Zukunftsaufgabe für soziale Unternehmen.

2. Klausurtagung des Zentralbeirates

Ausschließlich für die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Zentralbeirates der Bank für Sozialwirtschaft AG fand Anfang April 2001 eine Klausurtagung zum Thema „Sozialwirtschaft zwischen Chance und Risiko“ statt. In den Tagungsbeiträgen wurde unter anderem die kontroverse Diskussion zu den Auswirkungen des „Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)“ auf die Sozialwirtschaft aufgegriffen. Weitere spannende Themen waren z. B. „Sozialwirtschaft an der Börse“ und „Optimierungsansätze durch Benchmarking“.

Die zweite interne Klausurtagung zu aktuellen sozialwirtschaftlichen Fragestellungen führte zu einer intensiven und konstruktiven Diskussion der Teilnehmer zu den unterschiedlichen Tagungsschwerpunkten, von der sowohl die Bank als auch die Mitglieder ihrer Gremien profitieren konnten. Im April 2002 fand daher in Berlin bereits eine dritte Klausurtagung statt. Sie trug den Titel „Strategische Optionen für die Freie Wohlfahrtspflege“.

Sponsorships und andere Maßnahmen zur Unterstützung des Fundraising

Im Geschäftsjahr 2001 trat die Bank für Sozialwirtschaft häufiger als in den Vorjahren als Sponsor auf. Der inhaltliche Schwerpunkt des Engagements lag auf Kongressen und Tagungen, die sich mit dem Thema „Fundraising“ befassten.



Bereits zum dritten Mal sponserte sie den Deutschen Fundraising-Kongress, die größte Fortbildungsveranstaltung zum Fundraising im deutschsprachigen Raum, der im April 2001 in Leipzig stattfand. Im Berichtsjahr trat die Bank für Sozialwirtschaft erstmals als Hauptsponsor auf. Ebenfalls zum dritten Mal sponserte sie das „Bad Honnefer Fundraising-Forum“, das unter dem Titel „Die Stiftung in der Fundraising-Konzeption“ im November 2001 in Bad Honnef stattfand.

Weitere Veranstaltungen, bei denen die Bank für Sozialwirtschaft als Sponsor auftrat, waren unter anderem die Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und der „Fundraiserinnen-Tag“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Socialmarketing, des Berufsverbandes der Fundraiser.

Fundraising als Strategie der Beschaffung von Geld- und Sachmitteln für gemeinnützige Organisationen ist ein Feld, das nach Einschätzung der Bank eine bedeutende Rolle in der Zukunftssicherung gemeinnütziger Organisationen spielen wird: Denn in Zeiten nachlassender öffentlicher Förderung werden in der Sozialwirtschaft zwei Fragen wesentlich: 1. In welchem Umfang privates Kapital für diesen Markt verfügbar gemacht werden kann und 2. inwieweit andere Finanzierungsquellen, wie z. B. Förderprogramme der Europäischen Union oder Mittel aus Förderstiftungen erschlossen werden können.

Spenden sammelnde Organisationen sind schon seit vielen Jahren eng mit der Bank verbunden. Hierzu trägt in erster Linie das „Multifunktionale Kontonummernsystem“ bei, ein Instrument zur rationellen Abwicklung großer Mengen an Zahlungseingängen, das die Bank für Sozialwirtschaft seit 1985 als einzige Bank in Deutschland anbietet. Auch hat sich die Bank über ihre Tochtergesellschaft BFS Service GmbH bereits Anfang der 90er Jahre, als Fundraising in Deutschland noch relativ unbekannt war, einen Namen als Fortbildungsinstitution zu den Themen „Sozial-Sponsoring“ und „Fundraising“ gemacht. In den folgenden Jahren sind die Angebote immer stärker differenziert worden. Im Geschäftsjahr 2001 waren beispielsweise die Themen „EU-Förderung für soziale Projekte“ und „Gemeinschaftsstiftung – Aufbau, Gestaltung und Errichtung“ aktuell.

Ein weiteres Angebot der Bank für Sozialwirtschaft zur Unterstützung des Fundraising gemeinnütziger Organisationen ist das seit 1998 über die Website der Bank www.sozialbank.de angebotene EU-Förderinformationssystem BFS-EUFIS. Es enthält die aktuellen Ausschreibungen aller EU-Förderprogramme für die Sozialwirtschaft sowie umfassende Informationen zur EU-Förderpolitik.

Mit Blick auf die wachsende Bedeutung des Internets für das Fundraising der Zukunft hat die Bank für Sozialwirtschaft im Berichtsjahr ein Internet-Tool auf den Markt gebracht, das es ermöglicht, die Daten von Online-Spendern ohne manuellen Aufwand in Zahlungsvorgänge umzuwandeln. Nach einer sehr positiven Resonanz der Kunden wird dieses Instrument derzeit weiter ausgebaut und auf künftige Anforderungen des Internet-Fundraising vorbereitet.

Interne Nachrichten

10 Jahre BFS Essen

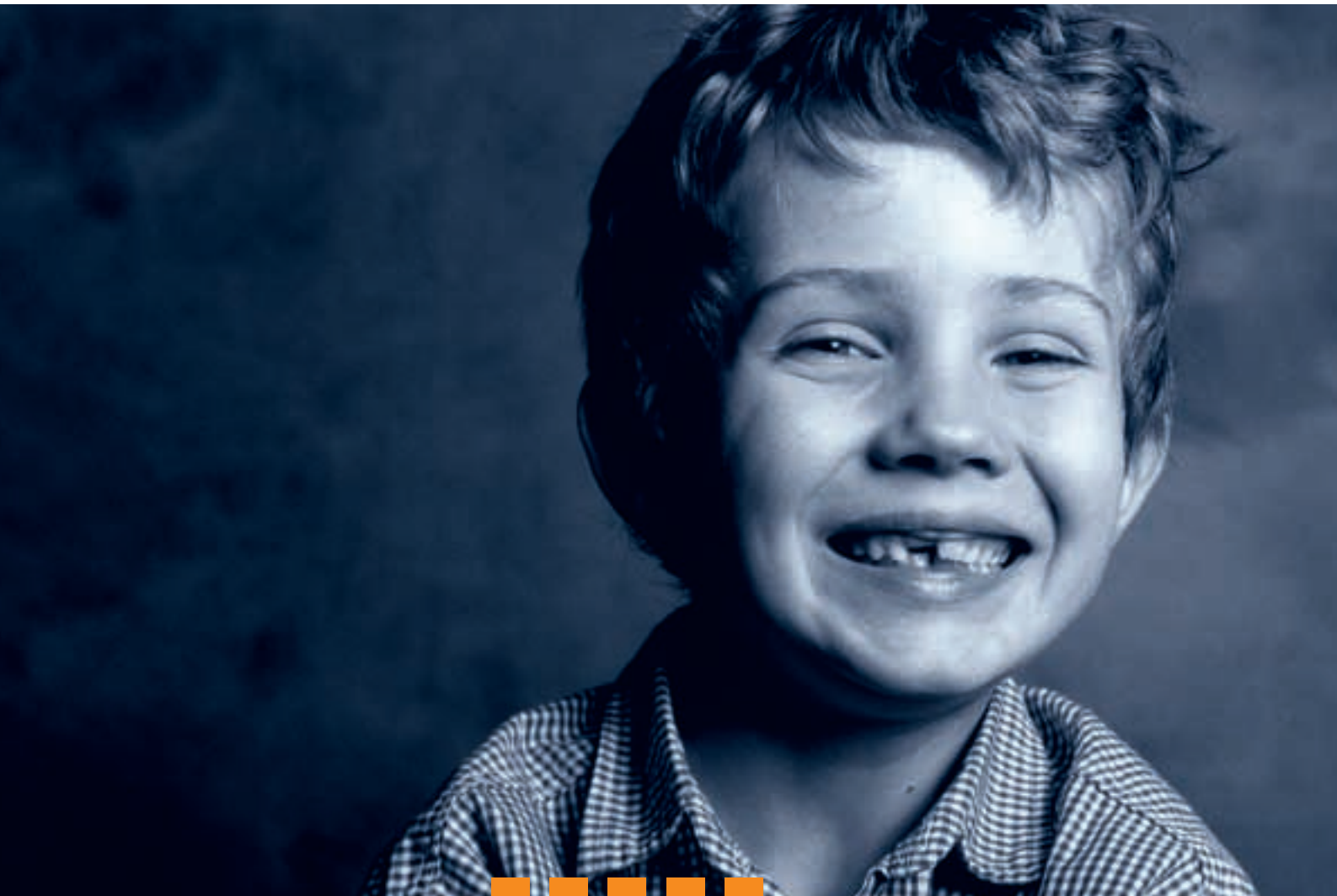
Mit einem „Kindergeburtstag“ feierte die Geschäftsstelle der Bank für Sozialwirtschaft in Essen am 14. Februar 2001 ihr zehnjähriges Jubiläum. Vor rund 80 Gästen erinnerten Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt, Vorsitzender des Vorstandes der Bank, und Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen, an die Anfangs- und Aufbauzeit im Ruhrgebiet. Auch wenn die Reden noch auf die kompetente Beratung und die günstigen Konditionen der Bank hingewiesen hatten: Am Jubiläumsabend ging es nicht um Bankleistungen, sondern um Spaß: Es gab Präsente für die Gäste, Gesang und Glückskekse, eine Verlosung und eine Geburtstagstorte, Leckereien vom Buffet, Cocktails und andere Genüsse.

Umstrukturierung im Geschäftsstellennetz

Die Umstrukturierung im Geschäftsstellennetz der Bank in Sachsen, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen gehört zur Umsetzung der Strategie der Bank, die interne Organisation zu optimieren und einer stärkeren Vertriebsorientierung der Geschäftsstellen zu forcieren.

Seit Oktober 2001 werden die organisatorischen und technischen Abläufe für die Geschäftsstellen Dresden, Leipzig und Magdeburg sowie für die Repräsentanz Erfurt in Leipzig gebündelt und von einer Gesamtleitung koordiniert. Damit hat die Bank für Sozialwirtschaft auf die länderübergreifenden Vernetzungen und Kooperationen unserer Kunden in den neuen Ländern reagiert. Zugleich kann sie durch diese Maßnahme intern Synergieeffekte nutzen: Die Kundenberater vor Ort wurden von administrativen Aufgaben entlastet, so dass sie sich noch intensiver als bisher der Kundenberatung widmen können.

Zugleich wechselte zu Beginn des Geschäftsjahres 2002 in Leipzig die Geschäftsstellenleitung. Die Verantwortung liegt seit dem 1. Januar 2002 gemeinsam bei Dieter Siepmann-Hücking, dem bisher stellvertretenden Geschäftsstellenleiter in Leipzig, und Stephan Sperling, bislang Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg.





Bericht des Aufsichtsrates

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen.

Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Der Jahresabschluss 2001 wurde von der Arthur Andersen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mbH, Eschborn/Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2001. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, 4. Juni 2002

Der Aufsichtsrat



Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2001. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre Unterstützung.







Jahresabschluss

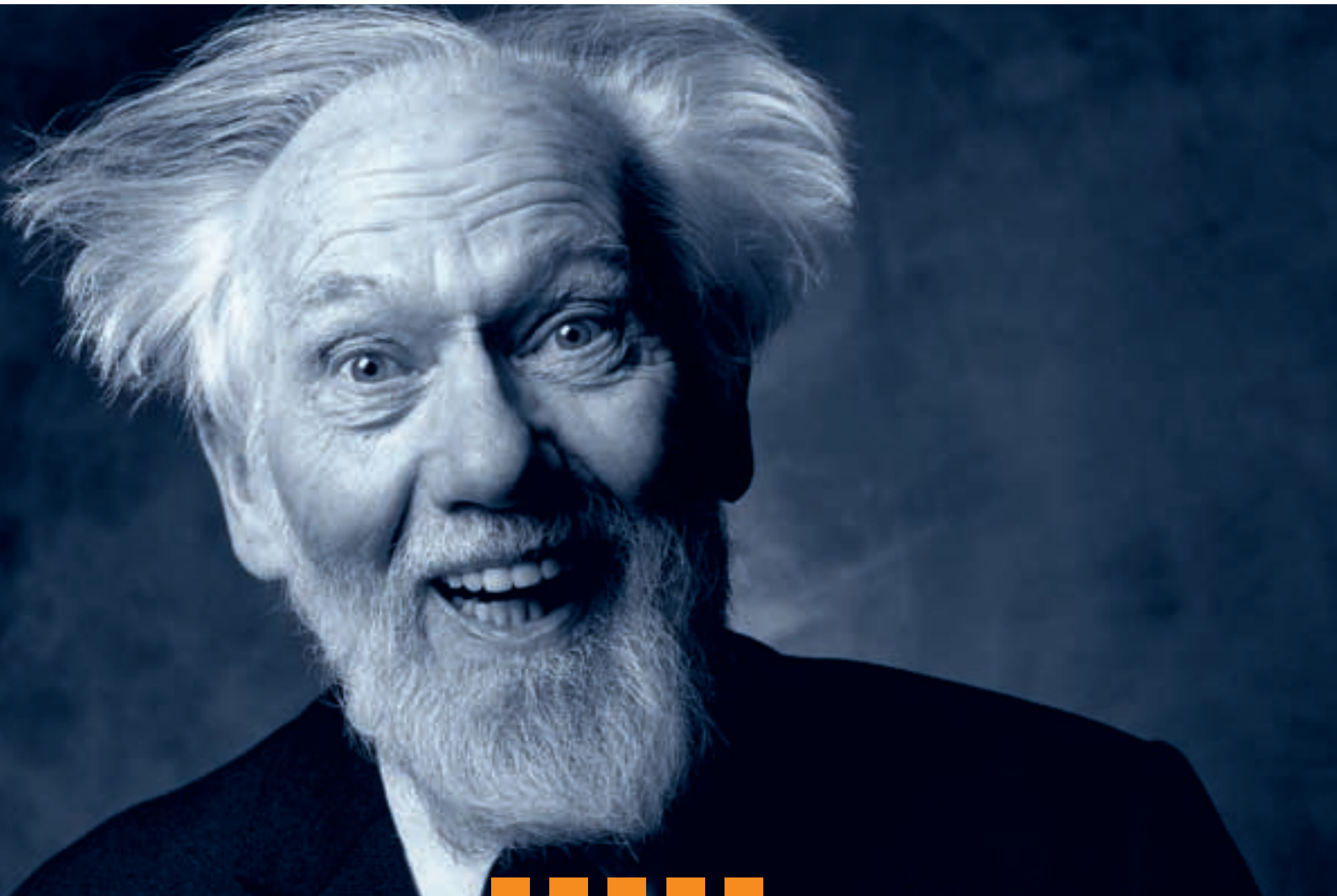
31. Dezember 2001

der Bank für Sozialwirtschaft
Aktiengesellschaft
Berlin und Köln

| Aktivseite | DM | DM | Vorjahr TDM |
|---|---------------------|------------------|-------------|
| 1. Barreserve | | | |
| a) Kassenbestand | 29.223,34 | | 1.042 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | 2.716.602,97 | 2.745.826,31 | 0 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | DM | -- | (-) |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen | -- | | - |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar | DM | -- | (-) |
| b) Wechsel | 0,00 | 0,00 | 2.979 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar | DM | -- | (-) |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | |
| a) täglich fällig | 649.068,96 | | 441 |
| b) andere Forderungen | 778.213.271,90 | 778.862.340,86 | 1.191.542 |
| 4. Forderungen an Kunden | | 2.523.052.051,57 | 2.065.569 |
| darunter: | | | |
| durch Grundpfandrechte gesichert | DM 686.498.307,36 | | (600.872) |
| Kommunalkredite | DM 440.888.771,26 | | (291.840) |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | -- | | - |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | DM | -- | (-) |
| ab) von anderen Emittenten | -- | | - |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | DM | -- | (-) |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | 68.516.824,18 | | 5.077 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | DM 68.516.824,18 | | (5.077) |
| bb) von anderen Emittenten | 2.143.737.993,85 | | 2.231.832 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | DM 2.125.545.144,41 | | (2.161.495) |
| c) eigene Schuldverschreibungen | 24.827.508,22 | 2.237.082.326,25 | 23.026 |
| Nennbetrag | DM | -- | (-) |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | 291.739.699,84 | 197.908 |
| 7. Beteiligungen | | 1.001.050,00 | 1.001 |
| darunter: an Kreditinstituten | DM 1.000.000,00 | | (1.000) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | DM | -- | (-) |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | 100.000,00 | 100 |
| darunter: an Kreditinstituten | DM | -- | (-) |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | DM | -- | (-) |
| 9. Treuhandvermögen | | 332.920.534,76 | 339.392 |
| darunter: Treuhandkredite | DM 332.920.534,76 | | (339.392) |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | | -- | - |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | | 1.316.370,00 | 546 |
| 12. Sachanlagen | | 62.686.921,45 | 65.692 |
| 13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital | | -- | - |
| darunter: eingefordert | DM | -- | (-) |
| 14. Eigene Aktien oder Anteile | | -- | - |
| Nennbetrag | DM | -- | (-) |
| 15. Sonstige Vermögensgegenstände | | 16.622.199,72 | 9.335 |
| 16. Rechnungsabgrenzungsposten | | 2.832.325,83 | 2.949 |
| 17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | | -- | - |
| Summe der Aktiva | | 6.250.961.646,59 | 6.138.431 |

| Passivseite | DM | DM | DM | Vorjahr TDM |
|--|-------------------|------------------|------------------|-------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) täglich fällig | | 78.291.132,94 | | 177.486 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 1.929.421.142,03 | 2.007.712.274,97 | 1.744.360 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 137.494.367,36 | | | 93.668 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 58.477.639,35 | 195.972.006,71 | | 70.840 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | |
| ba) täglich fällig | 1.669.068.402,90 | | | 1.591.394 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 1.561.396.809,41 | 3.230.465.212,31 | 3.426.437.219,02 | 1.658.947 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | 223.204.141,69 | | 233.114 |
| b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten | | -- | 223.204.141,69 | - |
| darunter: | | | | |
| - Geldmarktpapiere | DM | -- | | (-) |
| - eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | DM | -- | | (-) |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | 332.920.534,76 | 339.392 |
| darunter: Treuhandkredite | DM 332.920.534,76 | | | (339.392) |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | 5.960.178,93 | 6.751 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 6.579.825,98 | 4.614 |
| 7. Rückstellungen | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | 8.733.511,00 | | 8.017 |
| b) Steuerrückstellungen | | 0,00 | | 4.423 |
| c) andere Rückstellungen | | 5.661.076,53 | 14.394.587,53 | 5.105 |
| 8. Sonderposten mit Rücklageanteil | | | 2.248.765,00 | 3.373 |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | 69.600.603,71 | 49.303 |
| 10. Genusssrechtskapital | | | 26.850.000,00 | 26.850 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | DM 9.350.000,00 | | | (9.350) |
| 11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | 10.000.000,00 | 10.000 |
| 11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung | | | -- | - |
| 12. Eigenkapital | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | 62.038.927,60 | | 58.000 |
| b) Kapitalrücklage | | 51.581.551,40 | | 43.320 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | -- | | | - |
| cb) Rücklage für eigene Anteile | -- | | | - |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | -- | | | - |
| cd) andere Gewinnrücklagen | 5.317.621,00 | 5.317.621,00 | | 3.939 |
| d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust | | 6.115.415,00 | 125.053.515,00 | 5.535 |
| Summe der Passiva | | | 6.250.961.646,59 | 6.138.431 |

| | DM | DM | Vorjahr TDM |
|---|---------------|---------------|-------------|
| 1. Eventualverbindlichkeiten | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | -- | | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen | 55.300.376,55 | | 75.913 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | -- | 55.300.376,55 | - |
| 2. Andere Verpflichtungen | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | -- | | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | -- | | - |
| c) Unwiderrufliche Kreditzusagen | 94.097.034,00 | 94.097.034,00 | 112.021 |



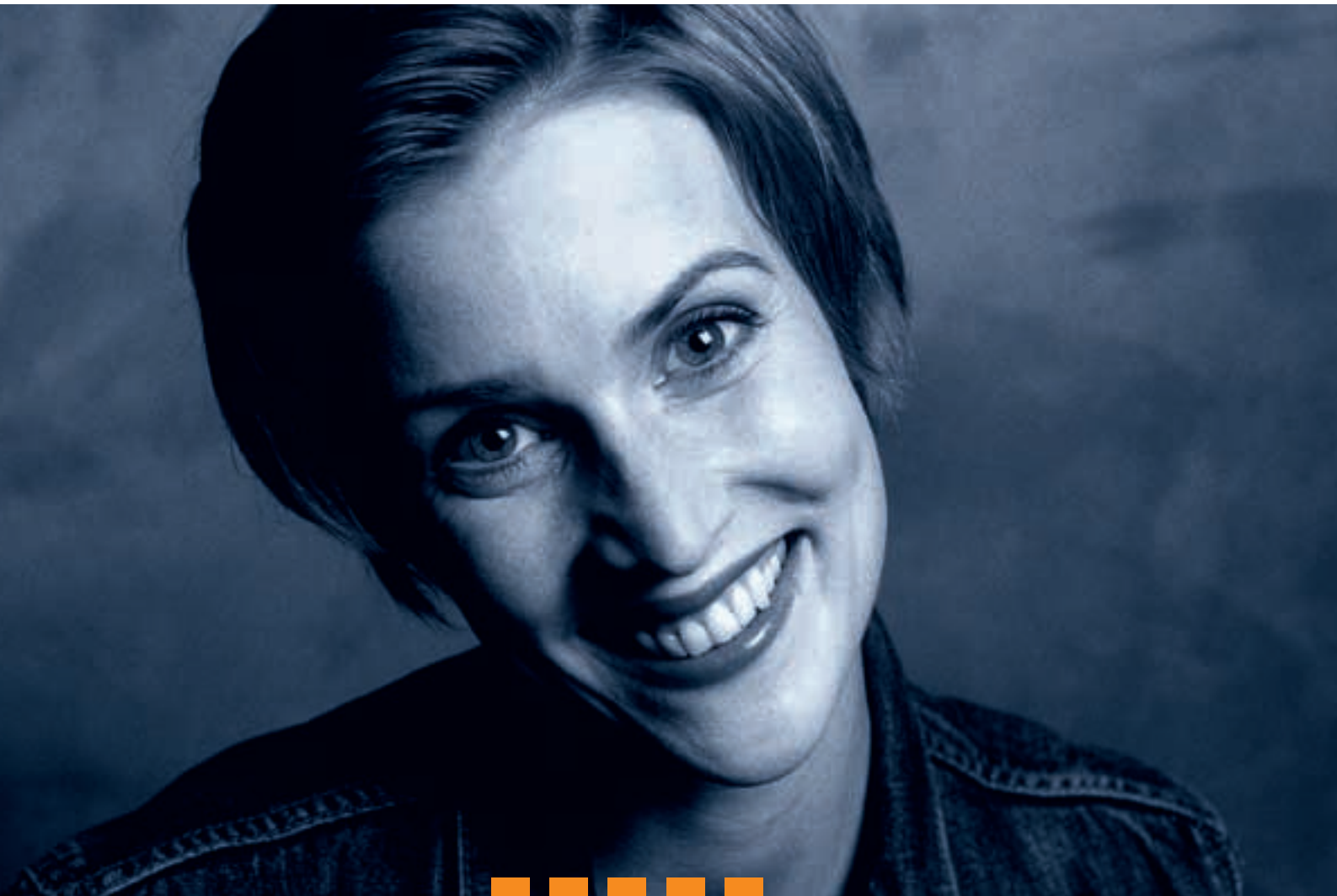


Gewinn- und Verlustrechnung

zum 31. Dezember 2001

der Bank für Sozialwirtschaft
Aktiengesellschaft
Berlin und Köln

| | DM | DM | DM | Vorjahr TDM |
|--|----------------|----------------|---------------|-------------|
| 1. Zinserträge aus | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 180.993.218,77 | | | 167.607 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen | 87.086.152,39 | | | 92.627 |
| | | 268.079.371,16 | | 260.234 |
| 2. Zinsaufwendungen | | 206.329.602,20 | 61.749.768,96 | 199.457 |
| | | | | 60.777 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | 8.050.304,50 | | 6.231 |
| b) Beteiligungen | | -,-,- | | - |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | -,-,- | 8.050.304,50 | - |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | | 2.537,97 | 0 |
| 5. Provisionserträge | | 8.736.989,48 | | 7.955 |
| 6. Provisionsaufwendungen | | 1.225.257,87 | | 1.059 |
| | | | 7.511.731,61 | |
| 7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften | | | 26.876,64 | 34 |
| Nettoaufwand aus Finanzgeschäften | | | -,-,- | - |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | 5.072.938,28 | | 3.125 |
| 9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil | | 1.124.382,00 | | 1.124 |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | |
| a) Personalaufwand | | 22.294.837,30 | | 21.957 |
| aa) Löhne und Gehälter | | | | |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | 6.333.961,06 | 28.628.798,36 | 5.728 |
| darunter: für Altersversorgung | | | | (2.192) |
| DM 2.916.810,37 | | | 47.391.098,87 | 17.564 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | 18.762.300,51 | | |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | 7.860.724,77 | | 5.930 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | 1.879.763,78 | | 986 |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | 14.112.128,90 | | 10.947 |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 14.112.128,90 | - |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | -,-,- | - |
| 16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | -,-,- | - |
| 17. Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | -,-,- | 39 |
| 18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil | | | -,-,- | - |
| 19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | 12.294.823,64 | | 15.036 |
| 20. Außerordentliche Erträge | | -,-,- | | - |
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | | | | - |
| 22. Außerordentliches Ergebnis | | | -,-,- | - |
| 23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | 5.900.667,09 | | 9.456 |
| 24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | | 294.738,55 | 6.195.405,64 | 63 |
| 25. Erträge aus Verlustübernahme | | | -,-,- | - |
| 26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne | | | -,-,- | - |
| 27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | -,-,- | - |
| 28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | -,-,- | - |
| 29. Jahresüberschuss | | 6.099.418,00 | | 5.517 |
| 30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | 1.395.197,00 | | 1.339 |
| | | 7.494.615,00 | | 6.856 |
| 31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage | | | -,-,- | - |
| | | 7.494.615,00 | | 6.856 |
| 32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | | | |
| a) aus der gesetzlichen Rücklage | | -,-,- | | - |
| b) aus der Rücklage für eigene Anteile | | -,-,- | | - |
| c) aus satzungsmäßigen Rücklagen | | -,-,- | | - |
| d) aus anderen Gewinnrücklagen | | -,-,- | | - |
| 33. Entnahmen aus Genussrechtskapital | | 7.494.615,00 | | 6.856 |
| | | | -,-,- | - |
| | | 7.494.615,00 | | 6.856 |
| 34. Einstellungen in Gewinnrücklagen | | | | |
| a) in die gesetzliche Rücklage | | -,-,- | | - |
| b) in die Rücklage für eigene Anteile | | -,-,- | | - |
| c) in satzungsmäßige Rücklagen | | 1.379.200,00 | 1.379.200,00 | 1.321 |
| d) in andere Gewinnrücklagen | | | | 5.535 |
| 35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals | | | -,-,- | - |
| 36. Bilanzgewinn | | 6.115.415,00 | | 5.535 |





Anhang

zum 31. Dezember 2001

der Bank für Sozialwirtschaft
Aktiengesellschaft
Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Teilwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus dem Handelsbestand und der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte bzw. zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

**C. Entwicklung des Anlagevermögens 2001
(volle DM)**

| a) Sachanlagen/Immaterielle Anlagewerte | | | | |
|---|-----------------------------------|----------------------------------|---|----------------|
| | Immaterielle Anlagewerte DM | Grundstücke und Gebäude DM | Betriebs- und Geschäftsausstattung DM | Summe a) DM |
| Anschaffungs-/Herstellungskosten | 1.686.018 | 84.441.337 | 24.583.954 | 110.711.309 |
| Zugänge | 1.076.909 | 1.282.963 | 4.521.483 | 6.881.355 |
| Zuschreibungen | - | - | - | - |
| Umbuchungen | - | - | - | - |
| Abgänge | 176.508 | 1.537.951 | 3.975.968 | 5.690.427 |
| Abschreibungen kumuliert | 1.270.049 | 31.943.243 | 14.685.654 | 47.898.946 |
| Buchwerte am Bilanzstichtag | 1.316.370 | 52.243.106 | 10.443.815 | 64.003.291 |
| Abschreibungen Geschäftsjahr | 298.385 | 2.596.124 | 4.966.216 | 7.860.725 |

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit DM 56.377 enthalten.

| b) Finanzanlagen | | | | |
|--|--|---------------------|---|----------------|
| | Wertpapiere des Anlagevermögens DM | Beteiligungen DM | Anteile an verbun- denen Unternehmen DM | Summe b) DM |
| Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert) | 356.622.105 | 1.001.050 | 100.000 | 357.723.155 |
| Buchwerte am Bilanzstichtag | 356.622.105 | 1.001.050 | 100.000 | 357.723.155 |

| | | |
|--------------------------------------|-------------------|-------------|
| Anschaffungs- und Herstellungskosten | - Summe a und b - | 468.434.464 |
| Buchwerte am Bilanzstichtag | - Summe a und b - | 421.726.446 |

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I Bilanz

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende **Restlaufzeiten**:

| | bis 3 Monate DM | mehr als 3 Monate bis 1 Jahr DM | mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre DM | mehr als 5 Jahre DM |
|---|-----------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|---------------------------|
| Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) | 183.747.513 | 253.395.703 | 341.070.056 | – |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 464.465.729 | 122.745.520 | 270.531.037 | 1.431.270.964 |

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind DM 234.038.802 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

→ Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** sind im Folgejahr fällig:

| | DM |
|--|-------------|
| Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten | 0 |
| Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten | 328.521.633 |

→ In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

| | Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen | | Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen | |
|-----------------------------|--|---------------|--|---------------|
| | Geschäftsjahr DM | Vorjahr DM | Geschäftsjahr DM | Vorjahr DM |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 2.459.928 | 1.758.595 | 15.080.674 | 17.679.296 |

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von DM 11.143.463 (Vorjahr: DM 12.380.184).

→ In folgenden Posten sind enthalten:

| | börsenfähig DM | börsennotiert DM | nicht börsennotiert DM | nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere DM |
|--|-------------------|---------------------|------------------------------|---|
| Schuldverschreibungen u. a. festverzinsliche Wertpapiere (A 5) | 2.237.082.326 | 2.202.416.045 | 34.666.281 | 195.266.355 |
| Aktien u. a. nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6) | - | - | - | - |
| Beteiligungen (A 7) | - | - | - | - |
| Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8) | - | - | - | - |

→ Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**

In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

→ Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

| Name und Sitz | Anteil am Gesellschaftskapital % | Eigenkapital der Gesellschaft | | Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses | |
|---|--|----------------------------------|--------|---|------|
| | | Jahr | TDM | Jahr | TDM |
| Direkt - BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH, Köln | 100,0 | 2001 | 100 | 2001 | - |
| Indirekt - L.O.G. Lotterie-Organi- sationsges. mbH, D'dorf | 100,0 | 2000 | -1.727 | 2000 | - 53 |
| - IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH, Köln | 100,0 | 2001 | 2.574 | 2001 | -722 |

Der Gewinn 2001 der BFS BETRIEBS- UND FINANZ- WIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH in Höhe von DM 2.538 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Die drei Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Eine weitere Beteiligung besteht an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TDM 1.000. Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TDM 14.082 nach einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln entspricht dies einem Anteil von 7,19 %.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und -verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

| | |
|--|----------------|
| Forderungen an Kunden | DM 332.920.535 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | DM 466.526 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | DM 332.454.009 |

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von DM 332.454.009 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen DM 466.526.

→ Im Aktivposten 12 (**Sachanlagen**) sind enthalten:

| | |
|---|---------------|
| im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten | DM 50.910.140 |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | DM 10.443.815 |

→ Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| | |
|--|---------------|
| Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine | DM 13.775.040 |
| Aktivwerte Rückdeckungsversicherung | DM 631.804 |
| Materialbestände | DM 292.143 |
| Genossenschaftsanteile | DM 1.142.899 |
| – davon Kreditinstitute | DM 1.077.032 |
| Steuerforderungen | DM 290.466 |

→ Im **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von DM 625.452 (Vorjahr DM 916.724) enthalten. Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von DM 1.618.156 (Vorjahr DM 1.747.609).

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

| | bis 3 Monate DM | mehr als 3 Monate bis 1 Jahr DM | mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre DM | mehr als 5 Jahre DM |
|---|--------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|------------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b) | 684.249.727 | 206.940.889 | 77.510.319 | 960.720.207 |
| Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab) | 1.777.701 | 41.757.788 | 14.942.150 | – |
| andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb) | 1.381.229.164 | 43.968.700 | 108.983.286 | 27.215.659 |

→ Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr DM 57.358.846 fällig.

→ Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von DM 2.057.021.921 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von DM 1.191.552.157.

→ Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| | |
|--|--------------|
| Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen | DM 229.572 |
| Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge | DM 446.965 |
| Zinsanteile für Genussrechte | DM 2.098.500 |
| Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben | DM 282.079 |
| Steuerverbindlichkeiten | DM 1.207.957 |

→ Im **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagioträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von DM 4.816.484 (Vorjahr DM 2.935.488) enthalten.

→ **Der Sonderposten mit Rücklageanteil** wurde in 1999 gemäß § 52 Abs. 16 EStG gebildet.

→ Angaben zu Passivposten 9 (**Nachrangige Verbindlichkeiten**)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von DM 4.252.782 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, liegen nicht vor.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

→ Das **Genussrechtskapital** der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

| | | | |
|----------------|------------|----|------------|
| Emission 1992: | Nennbetrag | DM | 9.350.000 |
| Emission 1994: | Nennbetrag | DM | 6.500.000 |
| Emission 1997: | Nennbetrag | DM | 11.000.000 |

Am 31.12.2001 werden DM 9.350.000,- (Emission 1992) fällig, die Auszahlung erfolgt am 1.07.2002.

→ In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

| | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | | Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen | |
|--|---|---------------|---|---------------|
| | Geschäftsjahr DM | Vorjahr DM | Geschäftsjahr DM | Vorjahr DM |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1) | - | - | 607.802 | 610.655 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2) | 2.953.960 | 2.882.812 | 123.275.411 | 134.857.216 |

→ In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

→ sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen DM 54.298.377

→ sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
Unwiderrufliche Kreditzusagen DM 94.097.034

II Gewinn- und Verlustrechnung

→ Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.

→ Aus **Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung**, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

| | |
|------------------------------|--------------|
| Verwaltungs-/Treuhandkredite | DM 2.439.119 |
| Wertpapiergeschäft | DM 3.601.158 |

→ **Wichtige Einzelbeträge**, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

| | |
|--------------------------------------|--------------|
| <u>sonstige betriebliche Erträge</u> | |
| Auflösung sonstige Rückstellungen | DM 1.284.002 |
| Miet- und Pachterträge | DM 2.080.218 |
| Verkauf Grundstück Hannover | DM 1.390.128 |

| | |
|---|--------------|
| <u>sonstige betriebliche Aufwendungen</u> | |
| Zuführung sonstige Rückstellung | DM 1.418.070 |
| Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen | DM 138.506 |

→ **Steuerrechtliche Sonderabschreibungen** wurden im Geschäftsjahr in Höhe von DM 148.108 (Vorjahr DM 0) vorgenommen. Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.

→ Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

→ Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

| | Nominalbetrag | Restlaufzeit |
|------------------------|---------------|------------------|
| Payer-Swap-Geschäft | TDM 200.000 | bis 1 Jahr |
| Payer-Swap-Geschäft | TDM 110.197 | mehr als 5 Jahre |
| Receiver-Swap-Geschäft | TDM 200.000 | bis 1 Jahr |

→ Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von TDM 1.002 verbunden (= 60 % der vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen nach dem Stand vom 31.12.1987).

→ Im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung haben wir von der Deutschen Bundesbank Euro 1.349.865 erhalten und davon Euro 580.858 an unsere Kunden weitergeleitet.

→ Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2001 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von DM 4.018.112.

→ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

| | |
|-------------------------------|--------------|
| Mitglieder des Vorstandes | DM 2.574.466 |
| Mitglieder des Aufsichtsrates | DM 417.723 |
| Mitglieder des Beirates | DM 131.172 |

→ **Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen**, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von DM 4,2 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.

→ Die Zahl der 2001 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

| | Vollzeitbeschäftigte | Teilzeitbeschäftigte |
|---------------------------|----------------------|----------------------|
| Kaufmännische Mitarbeiter | | |
| Prokuristen | 4 | - |
| Handlungsbevollmächtigte | 8 | - |
| Angestellte | 179 | 28 |
| | <u>191</u> | <u>28</u> |
| Gewerbliche Mitarbeiter | - | 18 |
| | <u>191</u> | <u>46</u> |

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

→ Im Geschäftsjahr wurde das **gezeichnete Kapital** von DM 58,0 Mio. durch Ausgabe von neuen Vorzugsaktien um DM 3,0 Mio. und aus Gesellschaftsmitteln um DM 1,039 Mio. auf insgesamt DM 62,039 Mio. (Euro 31,72 Mio.) erhöht.

→ Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 610.000 vinkulierte Namensaktien; diese teilen sich auf in 500.000 Stammaktien und 110.000 Vorzugsaktien. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von DM 101,70 bzw. Euro 52 je Aktie ab.

→ Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von DM 31,019 Mio. (Euro 15,86 Mio). Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 25. Juli 2006 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

→ Entwicklung der Rücklagen:

| | Kapitalrücklage DM | Gewinnrücklage DM |
|---|-----------------------|----------------------|
| Stand per 1.1.2001 | 43.320.479,00 | 3.938.421,00 |
| Zugang 2001 | | |
| – Agio Vorzugsaktien | 9.300.000,00 | |
| – Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2000 | | 1.379.200,00 |
| Abgang 2001 | | |
| – Umwandlung in gezeichnetes Kapital | 1.038.927,60 | |
| Stand per 31.12.2001 | 51.581.551,40 | 5.317.621,00 |

→ Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft:

Arthur Andersen
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft GmbH
Mergenthalerallee 10–12
65760 Eschborn/Frankfurt a. M.

Jürgen Gohde
Präsident des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche
in Deutschland e.V.

Johann-Wilhelm Römer
Generalsekretär des
Deutschen Roten Kreuzes e.V. a. D.

→ Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Bankkaufmann
Dietmar Krüger, Bankkaufmann

Josef Schmitz-Elsen
Generalsekretär a. D. des
Deutschen Caritasverbandes e.V.

Dr. Ernst Thiemann
Geschäftsführer i. R.

→ Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Wolfgang Teske, Vorsitzender
Finanzdirektor des Diakonischen Werkes der
Ev. Kirche in Deutschland e.V.

Michael Warman
Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle
der Juden in Deutschland e.V.

Rüdiger Schmidtchen, stellv. Vorsitzender
Stv. Hauptgeschäftsführer des
Dtsch. Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Gesamtverband e.V.

Dr. Robert Batkiewicz
Finanzdirektor des
Deutschen Caritasverbandes e.V.

Berlin und Köln, 10. April 2002

Rainer Brückers
Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband e.V.

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt

Krüger

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

10178 Berlin

Oranienburger Str. 13/14
Telefon 0 30.2 84 02-0
Telefax 0 30.2 84 02-341
E-Mail: bfsberlin@sozialbank.de

B-1040 Brüssel

Rue de Pascal 4-6
Telefon 00 32.2 28 02 77-6
Telefax 00 32.2 28 02 77-8
E-Mail: redaktion@sozialbank.de

01099 Dresden

Louis-Braille-Straße 8
Telefon 03 51.8 99 39-0
Telefax 03 51.8 99 39-585
E-Mail: bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Pfeiffersgasse 13
Telefon 03 61.5 55 17-0
Telefax 03 61.5 55 17-20
E-Mail: bfsleipzig@sozialbank.de

45127 Essen

Kennedyplatz 6
Telefon 02 01.2 45 80-0
Telefax 02 01.2 45 80-644
E-Mail: bfsessen@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 05 11.3 40 23-0
Telefax 05 11.3 40 23-523
E-Mail: bfs hannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe

Steinhäuserstraße 20
Telefon 07 21.9 81 34-0
Telefax 07 21.9 81 34-688
E-Mail: bfskarlsruhe@sozialbank.de

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 02 21.9 73 56-0
Telefax 02 21.9 73 56-178
E-Mail: bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Zimmerstraße 3
Telefon 03 41.9 82 86-0
Telefax 03 41.9 82 86-543
E-Mail: bfsleipzig@sozialbank.de

39104 Magdeburg

Fürstenwall 3
Telefon 03 91.5 94 16-0
Telefax 03 91.5 94 16-539
E-Mail: bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 0 61 31.2 04 90-0
Telefax 0 61 31.2 04 90-669
E-Mail: bfsmainz@sozialbank.de

81679 München

Richard-Strauss-Straße 71
Telefon 0 89.98 29 33-0
Telefax 0 89.98 29 33-629
E-Mail: bfsmuenchen@sozialbank.de

70173 Stuttgart

Königstraße 80
Telefon 07 11.6 29 02-0
Telefax 07 11.6 29 02-40
E-Mail: bfskarlsruhe@sozialbank.de